

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 70.

Donnerstag, den 24. März 1910.

17. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“.

Des Karfreitags wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Sonntag nachmittag.

Die Herrschaft der Scharmacher in der Sozialpolitik.

Genau vor einem Jahre wurde der nach endlosen Vorbereitungen fertiggestellte Entwurf der Reichsversicherungsordnung der öffentlichen Kritik unterbreitet, die in zum Teil sehr scharfer Weise Ausstellungen an ihm gemacht hat. Die deutschen Krankenkassen, deren Verwaltungen nicht nur, sondern deren gesamte Mitglieder an der Gestaltung der neuen Form der Arbeiterversicherungsgeetze in hohem Maße interessiert sind, haben auf einem Kongress, auf dem mehr als 1500 Delegierte anwesend waren, scharfen Protest gegen den Entwurf erhoben und für alle Zweige der Arbeiterversicherung Leitsätze proklamiert, die als Richtlinien für die Bearbeitung des Entwurfs hätten dienen können. Von einer Wirkung der Verhandlungen des Krankenkassenkongresses und anderer Kongresse von Arbeitern, die ebenfalls Kundgebungen über die Gestaltung der Reichsversicherungsordnung erlassen haben, zeigt der jetzt dem Reichstage zugewandene Entwurf keine Spur. Wohlbeachtet sind dagegen die Wünsche der Unternehmer.

Nur ein Beispiel hierfür. Der erste Entwurf sah bei der Festlegung der Unfallrenten eine bescheidene Mitwirkung von Vertretern der Versicherten vor. Sie sollte darin bestehen, daß das Versicherungsamt, dem neben dem Vorsitzenden je ein Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber angehören soll, nach Sammlung der Unterlagen auf Antrag der Verletzten der Berufsgenossenschaft einen Vorschlag sowohl über die Bewilligung oder Ablehnung einer Rente wie über deren Höhe machen sollte. Die Berufsgenossenschaften sollten auch nach dem ersten Entwurf bei ihren Entscheidungen nicht an die Vorschläge gebunden sein, sondern freie Hand behalten und Richter in eigener Sache bleiben. Wir haben im vorigen Jahre bei Besprechung der Reichsversicherungsordnung an dieser Stelle betont, daß wir in dem neuen Verfahren eine nennenswerte Besserung nicht erblicken können, und daß wir die praktische Bedeutung der Änderung sehr gering einschätzen. Die Unternehmer aber, denen in der Begründung zum Entwurf über ihre freundliche Mitarbeit an der Durchführung der Versicherung großes Lob gesendet wird, haben sich dieser Scheinkonzession an die Wünsche der Versicherten widersetzt und das Recht der Rentenfestsetzung für sich allein auch weiter beansprucht. Diesem Verlangen ist der Bundesrat, der sich mit dem Entwurf monatelang beschäftigt hat, nachgegeben. Die Vertreter der Arbeiter sollen auch in Zukunft vor Festlegung der Unfallrenten nicht einmal gehört werden, geschweige, daß ihnen ein bestimmender Einfluß hierbei eingeräumt wird.

Von einer Erweiterung der Rechte der Versicherten ist in dem Entwurfe an keiner Stelle etwas zu finden, wohl aber von einer erheblichen Beeinträchtigung und Beschränkung der ihnen jetzt zustehenden Befugnisse. Hierher ist in erster Linie die andere Zusammensetzung der Verwaltungsgremien der Krankenkassen, der Generalversammlung und des Vorstandes, zu rechnen. Beide Körperschaften sollen in Zukunft je zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehen. Die Wahl des Vorsitzenden der Ortskrankenkasse wird in getrennten Wahlhandlungen der Arbeitgeber und der Versicherten im Vorstand vorgenommen, und zur Wahl ist die Mehrheit der Stimmen aus beiden Abteilungen erforderlich. Kommt auch bei wiederholtem Wahlgange auf diese Weise keine Wahl zustande, so ernannt die Aufsichtsbehörde den Vorsitzenden, der die Geschäfte auf Kosten der Kasse führt. Diese Bestimmung bildet den Hauptschlag gegen das Verwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen. Daß der Entwurf diesen Vorschlag macht, beweist, daß die Regierung sich ganz dem Willen der Scharmacher unterworfen hat, die seit Jahren nicht müde werden, von sozialdemokratischer Mißwirtschaft in den Ortskrankenkassen zu reden, ohne auch nur irgendwie nennenswerte Unterlagen für ihre Beschuldigungen zu haben.

Aber nicht nur die Scharmacher haben von der Regierung die Beseitigung des Verwaltungsrechts der Arbeiter in den Krankenkassen verlangt, auch die Bureaucratie hat ihr Scherlein beigetragen, was bei dem engen Zusammenhang von Scharmachern und Bureaucraten nicht weiter verwunderlich ist. In der Begründung wird gesagt, daß den Einzelregierungen wie der Reichsverwaltung im Laufe der Jahre umfangreiche Mittelungen zugewandten sind, mit denen an der Hand zahlreicher Einzel-

fälle der Beweis zu führen gesucht wird, daß in vielen Ortskrankenkassen die Versicherten ihr Übergewicht zu politischen Parteizwecken ausnutzen und mißbrauchen und daß ein großer Teil derjenigen Ausführungen, die das Eindringen politischer Tendenzen in den Kassenverwaltungen rügen, von den Aufsichtsbehörden der Kassen und von staatlichen Verwaltungsbehörden herrührt, denen täglich Sachkenntnis und unbefangene Beurteilung nicht abgesprochen werden kann. So energischen Wünschen und zahlreichem Denunziationen hat natürlich die Regierung nicht widerstehen können. Sie geht aber gleich noch einen großen Schritt weiter und will den Versicherten, die den in Aussicht genommenen Landkrankenkassen zugeführt werden sollen, überhaupt kein Verwaltungsrecht einräumen. Sie sollen ausschließlich von der städtischen und staatlichen Bureaucratie verwaltet werden. Natürlich wird das nicht so ganz offen ausgesprochen; aber zu diesem Resultat werden und sollen auch die Vorschriften über die Organisation der Landkrankenkassen führen. Durch die Ausschaltung des Verwaltungsrechts der Versicherten in den Landkrankenkassen und durch die Ernennung des Vorstandes dieser Kassen durch Behörden werden die Rechte aller Versicherten berührt. Die Vorstände aller Krankenkassen, also auch die der Landkrankenkassen, wählen nämlich die Beisitzer zu den Versicherungsämtern. Von den Beisitzern der Versicherungsämter werden wieder die Vertreter zu den Landesversicherungsämtern und zum Reichsversicherungsamt gewählt. Es wird also nicht nur bezweckt, den Einfluß der Versicherten in den Ortskrankenkassen zu beschneiden, sondern ihre Mitwirkung in allen Instanzen zugunsten der von den Scharmachern stark beeinflussten Bureaucratie zu beschränken. Die Gründe, mit denen dieser hinterlistige Plan gerechtfertigt wird, daß die Arbeiterschichten, die in den Landkrankenkassen versichert werden sollen, nicht zur Teilnahme an der Verwaltung befähigt seien, sind absofort nicht stichhaltig; man lernt nicht schwimmen, wenn man nicht ins Wasser geht, und man lernt keine Verwaltungsgeschäfte führen, wenn man sie nicht in die Hände bekommt. Diese Gründe sind aber auch nur vorgeschützt, in Wirklichkeit soll den Arbeitern jeder Einfluß auf die Versicherungsinstitute so viel wie nur irgend geht, beschnitten werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Als Retter des Reichskanzlers

stellt eine Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen an das „Berliner Tagebl.“ die Sozialdemokraten im Reichstage vor. Es handelt sich um die Mannesmann-Affäre, die bekanntlich von Alldeutschen, Nationalliberalen und Agrariern zu einem Sturm auf den Staatssekretär v. Schoen und indirekt auf den Reichskanzler benutzt wurde, der aber mit einem kläglichen Fiasko für die Vertreter der kapitalistischen Geschäftspolitik endete. Aber die Sache schreibt nun der Parlamentarier des „Berl. Tagebl.“:

„Nicht ganz uninteressant — in mehr als einer Beziehung — ist es, daß der gute Ausgang der Angelegenheit nicht nur durch den Reichskanzler, sondern im Bunde mit ihm, auch durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion herbeigeführt worden ist. Sie hat sowohl in der Budgetkommission des Reichstages, wie auch im Plenum eine sehr friedliche Haltung eingenommen, im Gegensatz zu der Mehrheit der Budgetkommission, die anfangs unzweifelhaft auf der Seite der Mannesmanns stand. Es hätte nahe gelegen, daß die sozialdemokratische Fraktion die politische Lage zu einem heftigen Angriff auf das auswärtige Amt und damit indirekt auch auf den Reichskanzler ausgenutzt hätte. Um eine Motivierung braucht sie nicht verlegen zu sein; sie hätte darauf hinweisen können, daß die Erwerbung großer Erzlager in Marokko von Vorteil für die deutsche Eisenindustrie, also auch von Vorteil für die darin beschäftigten Arbeitermassen sei. Hätte sie sich auf diesen Standpunkt gestellt, dann wäre der Ausgang der Affäre im Reichstag wahrscheinlich ein anderer geworden, weil sich keine andere Partei von der Sozialdemokratie im sogenannten „Patriotismus“ hätte übertreffen lassen wollen. Gegen einen einstimmigen Beschluß der Budgetkommission und gar des Plenums des Reichstages hätte dann weder Herr v. Schoen noch der Reichskanzler irgend etwas auszurichten vermocht. Gerade bei der jetzigen politischen Lage ist der Hinweis lehrreich und amüsant, daß die Reichsregierung ihre Befreiung aus einer mindestens sehr unangenehmen, wenn nicht sogar gefährlichen Lage der selben Sozialdemokratie verdankt, die nach

Ansicht der wahren Gesellschaftsfragen unter keinen Umständen „blüdnissfähig“ ist.“

Die Zuschrift bewegt sich ganz im Geiste kleinlichster Fraktions- und Intriguenpolitik, und aus diesem Geiste heraus kann es dem Urheber allein sonderbar erscheinen, daß die Sozialdemokratie zu der Mannesmann-Affäre die bekannte Stellung eingenommen hat. Irgendwelche Rücksichten auf den Reichskanzler und seinen Staatssekretär sind für die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion selbstverständlich nicht maßgebend gewesen. Ein Denkwort für seine klägliche „Wahlreform“ wäre Herrn von Bethmann-Hollweg sogar zu gönnen gewesen. Aber die Mannesmann-Affäre dafür zu benutzen, das wäre frivole Bosheitspolitik gewesen. Der ablehnende Standpunkt der Sozialdemokraten zu der skrupellosen Geschäftspolitik des Mannesmann-Konzerns war im Volksinteresse durchaus notwendig und sachlich begründet. Daß die Regierung im Interesse der Abwendung internationaler Schwierigkeiten, die nur zu einem neuen Fiasko hätten führen können, den gleichen Standpunkt vertrat, konnte und durfte für die Sozialdemokraten nicht Grund sein, ihren sachlichen Standpunkt zu verlassen. Wenn die Regierung in solchen Fragen vernünftig ist und dem Jorn der kapitalistischen Geschäftspolitik trogt, so haben die Sozialdemokraten nicht Ursache, ihr in den Rücken zu fallen.

Um eine gegenseitige Stellungnahme zu motivieren, kann auch das Arbeiterinteresse nicht ins Feld geführt werden, denn was der „deutschen Eisenindustrie“, muß heißen: den Eisenkapitalisten, von Vorteil ist, bringt noch keineswegs auch den Arbeitern Vorteil; wie der Parlamentarier des „B. T.“ ohne weiteres annimmt. Aber wenn auch das der Fall wäre, so gibt das noch kein Recht, internationale Abmachungen zu verlegen und dadurch internationale Verwicklungen heraufzubeschwören. Wenn die Sozialdemokraten sich in dieser Frage an die Seite der Regierung stellen, so nicht, um diese aus unangenehmer Lage zu „befreien“, sondern weil deren Auffassung die richtige und der Rechtslage entsprechende war. Wenn bürgerliche Politiker eine solche Stellungnahme sonderbar finden, so ist das ein schlechtes Zeichen für ihre eigene Objektivität und beweist, daß wir Keten doch „bessere Menschen“ sind.

Hilfskassengesetz.

Dem Reichstag wird noch in diesem Sessions-Abchnitt das Hilfskassengesetz zugehen. Schon vor längerer Zeit ist dem Reichstag ein solches Gesetz unterbreitet worden, das aber durch den Schluß der Session unerledigt blieb. Die Regierung will mit diesem Gesetz die Schwindelkassen treffen. Die damalige Vorlage war aber so, daß sie den Schwindelkassen kaum ein Haar gekrümmt hätte, wohl aber wären die freien Hilfskassen schwer betroffen worden. Man wird also erst abwarten müssen, ob die neue Vorlage den angegebenen Zweck, die Schwindelkassen zu beseitigen, auch in der Tat zu erfüllen geeignet ist.

Kurpfuschergezet.

Die Vorarbeiten zum Kurpfuschergezet sind, wie die „N. pol. Korresp.“ mitteilt, nunmehr so weit vorgeschritten, daß an eine baldige Vorlegung des Entwurfs gedacht werden kann.

Freifahrt für die preussischen Landtagsabgeordneten.

Die Regierung will die Frage der Freifahrt für die Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses auf dem Wege der Verordnung lösen. Den Abgeordneten soll freie Eisenbahnfahrt zwischen Berlin und ihrem Wohnort zugestanden werden.

Ein ausländisches Urteil über das preussische Polizeiregiment.

Dem „Berliner Tageblatt“ ist von einem in Kairo lebenden Deutschen der Artikel eines dort in arabischer Sprache erscheinenden Blattes zugefleht worden, in dem die preussische Polizeiwirtschaft besprochen wird. Der arabische Verfasser findet es unbegreiflich, daß ein Volk, das anderen als Lehrmeister dienen soll, sich eine derartige Schmach gefallen lasse. Dann heißt es wörtlich:

„Und indem es sein gutes Recht erstreitet, wird es buchstäblich mit Hesperiden, Pferdehufen und blanken Waffen gequält, niedergebaut, wehrlos wie Kinder. Wie bei uns Kinder, prügelt man denkende, erwachsene, alte Männer. Das Volk, das Anstand und Sitte predigt, dessen Tyrannen schlagen nichtahnende, promemierende Damen zu Krüppeln. Und da achtet man nicht des unmündigen Kindes.“

Der Verfasser sagt schließlich mit Recht, wenn das in Ägypten passieren würde, so würde man sagen, es sei ein unkultiviertes Volk, das von den Engländern im Zaum gehalten werden müsse. Der Mittelsmann des „Berliner Tageblatts“ bemerkt dazu:

„Als Deutscher schämt man sich im Auslande solcher Vorgänge.“

Der harte Schicksalsschlag.

Zum Abschiede des Gouverneurs v. Schuckmann aus Südbwest bringt die Lüderichbichter Ztg. einen trauernden Nachruf, in dem es heißt:

Es hat seinen Zweck, von Heimatsurlaub, Gesundheitsrücksichten und ähnlichen Vorwänden zu reden. Wir wissen wohl, daß Herr v. Schuckmann dem Dienste der Kolonie seine Gesundheit zum Opfer gebracht hat. Sogar die kurze Seereise von Swatopmund nach hier, die er im Januar unternahm, trat er gegen den ausdrücklichen Wunsch seines ärztlichen Beraters an, aber, wie immer, hat er seine dienstlichen Pflichten in den Vordergrund gestellt. Es gibt wohl keinen Ort, keine Heimstätte im Schutzgebiete, in dem nicht der Rücktritt unseres verehrten Gouverneurs schwer empfunden, ja als ein harter Schicksalsschlag betrachtet wird. Denn wir wollen uns mit keinen Beschönigungen täuschen, sondern uns den wahren Tatbestand vor Augen halten. Und das ist nun einmal, soweit wir es beurteilen können, daß Excellenz von Schuckmann die Unmöglichkeit eingesehen hat, weiter unter dem Regime Dernburg zu arbeiten. Wir haben Herrn von Schuckmann vieles zu verdanken. Daß er uns gerade jetzt, in einer Periode des Entstehens kolonialer Selbstverwaltung, in einer Zeit der Entfaltung neuer Industrien verläßt, daß er uns verlassen muß, wenn er seine Selbstachtung nicht verlieren will, das ist wohl ungefähr der schwerste Vorwurf, der den Staatssekretär treffen kann. Es ist ein Vorwurf, dessen sich die Bevölkerung des Schutzgebietes stets erinnern wird."

Die "Kulturträger" in Südbwest weinen ihrem Gouverneur so bittere Schmerzensstränen nach, weil er ihnen freie Hand und freies Spiel ließ. Er tat ihnen sogar den Gefallen, während der Demonstration gegen Dernburg friedlich zu schlafen und "nichts zu bemerken".

Ein Handlanger — „Vetter des Königs“.

Der deutsche Reichskanzler befindet sich gegenwärtig in Italien, um dort Besuche abzustatten. Hier ist ihm nun großes Heil widerfahren: Der italienische König hat ihm den Annunziata-Orden verliehen. Der Inhaber dieses Ordens hat Anspruch auf den Titel „Vetter des Königs“ und erhält Rang gleich nach den königlichen Prinzen. Wie mag sich Bethmann-Hollweg wohl in dieser Rolle fühlen?

Agrarier und Nationalliberale.

Auf der westfälischen Generalversammlung des Bundes der Landwirte kam es zu heftigen Angriffen gegen die Nationalliberalen. Der konservative Abg. v. Sejer verglich die Nationalliberalen mit einem alten Klatschweib. Abg. Dr. Koesike behauptete, daß die Nationalliberalen die nationalen Bedürfnisse nicht erkennen und völlig unfähig zu praktischer Arbeit seien. Auf Unterstützung seitens der Konservativen könnten sie künftig nur dann rechnen, wenn sie auf den Standpunkt der Abg. Dr. Orla, Heyl und Lehmann treten würden. In der Diskussion wurden die Nationalliberalen ferner noch als politische Kautschukmänner charakterisiert. So sehr man über die Nationalliberalen herzog, so sehr war man bestrebt, sich beim Zentrum anzubiedern und speziell in Rheinland-Westfalen wird man für die nächsten Wahlen mit einem festgefühten schwarz-blauen Bündnis zu rechnen haben.

Das böse Gewissen der Wahlrechtsmenschler.

Wie unangenehm dem Zentrum die Entlarvung und Brandmarkung seiner schamlosen Wahlrechtspolitik ist, beweisen die krampfhaften Versuche der Zentrumspresse, die infamsten Verrätereien des Zentrums zu beschönigen. Um das Maß seiner Schamlosigkeit voll zu machen, hat sich das Zentrum nicht entblödet, im Verlaufe der Wahlrechtsdebatten durch Stimmen für einen Schlusstrang den sozialdemokratischen Rednern mehrere Male bei den wichtigsten Fragen das Wort abzuschneiden. Die „Germania“ sucht die Zentrums-Fraktion nun folgendermaßen herauszuheulen:

Bei der Beratung der Wahlrechtsfrage im Hause der Abgeordneten haben sich Vertreter der Sozialdemokratie wiederholt darüber beschwert, daß sie nicht genug zum Worte verstanden seien; die sozialdemokratische Presse hat verschiedentlich in diese Klage eingestimmt. Wie sieht es denn in Wahrheit mit dieser Behauptung aus? Wir haben uns darauf die stenographischen Berichte des Abgeordnetenhauses über die Sitzungen vom 18., 19. und 20. Februar, an denen die erste Lesung stattfand, sowie vom 11., 12., 14. und 16. März, an denen die zweite und dritte Lesung geschah, näher angesehen und müssen danach folgendes feststellen: Von den Sozialdemokraten haben das Wort gehabt Borgmann einmal, Hirsch zweimal, Leinert dreimal, Liebknecht zweimal, Ströbel fünfmal. Im ganzen haben somit die Sozialdemokraten dreizehnmal geredet, wobei die persönlichen Bemerkungen oder solche zur Geschäftsordnung nicht mitgerechnet sind. Daß sie hiermit in genügender Weise zum Worte gekommen sind, ergibt sich schon daraus, daß die mehr als zwanzigmal so starke Zentrumspartei nur zwölfmal durch verschiedene ihrer Mitglieder das Wort hat nehmen lassen. Noch mehr tritt die Unrichtigkeit der Klage der Sozialdemokraten in die Erscheinung, wenn die Länge der Reden der Sozialdemokraten in Betracht gezogen wird. Die sämtlichen Reden der Abgeordneten zur Wahlrechtsvorlage nehmen in den stenographischen Berichten 568 Halbsseiten (Folienformat) ein, wovon allein auf die Reden der Sozialdemokraten 11 1/4 Seiten entfallen. Wenn man bedenkt, daß zur Partei der Sozialdemokraten von den 443 Abgeordneten nur fünf Mitglieder gehören, so kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß alle Klagen über Verkürzung der Redefreiheit gänzlich unbegründet sind."

Die Behauptungen der „Germania“ sind nicht einmal richtig. So hat Genosse Ströbel nur viermal das Wort ergriffen; die fünfte Rede hat das Zentrumsblatt einfach hinzugefügt — erfinden. Und dem Genossen Leinert wird eine ganz kurze Erklärung von drei Sätzen als Rede angerechnet, ebenso dem Genossen Hirsch eine Bemerkung von einem einzigen Satz!

Aber davon ganz abgesehen! Die Sozialdemokratie ist ihrer Wählerzahl nach weitaus die stärkste aller Parteien in der preussischen Duma, sie hätte also alles Recht darauf, in einer Frage anscheinend zum Worte zu kommen, die für ihre Wähler, wie für die entrechteten Volksmassen überhaupt von der ungeheuersten Bedeutung ist! Und wenn das Zentrum bei den Verhandlungen so große Enthaltenshaftigkeit im Reden geübt hat, so geschah das, um die Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage so rasch als möglich zu Ende zu bringen, damit nur ja

der infame ultramontane Wahlrechtsverrat nicht am Ende durchkreuzt werde! Und damit auch nicht etwa die Sozialdemokratie durch unappetitliche Anklagen den niederträchtigen ultramontan-konservativen Schacher gefährdete, wurde ihr vom schwarz-blauen Block gegen das Wahlrecht in brutalster Weise einfach das Wort abgeschnitten!

Zentrumsabgeordnete aus Parteidisziplin gegen die Erbschaftsteuer.

In Rattow spielte kürzlich ein Prozeß gegen den Zentrumsabgeordneten im preussischen Landtag, Max Giemsa, Architekt in Rattow, der in gleich drastischer Weise die Dreifachigkeit der Schwarzen im Schwindeln, wie die volksfeindliche Taktik beleuchtet, die das Zentrum bei der Bildung des Schnapsblockes befolgte. Giemsa erzählte in einer Versammlung des katholischen Männervereins zu Rattow, daß ursprünglich drei Dugend Abgeordnete vom Zentrum für die Erbschaftsteuer einzutreten entschlossen gewesen, aus Gründen der Parteidisziplin aber doch später zum Ganzen zurückgekehrt seien, um geschlossen gegen diese Steuer zu stimmen. Diese „Entgleisung“ wurde, als sie in den Zeitungen erwähnt wurde, von dem Abg. Giemsa bestritten. Er schickte der „Breslauer Zeitung“ eine Berichtigung zu, die der Redakteur Dr. Dohlke mit dem Zusatz verfaßte: „Wie kann uns der Abg. Giemsa eine Berichtigung zugehen lassen, von der er weiß, daß sie wider besseres Wissen abgefaßt ist.“ Daraufhin warf Giemsa in der „Reißer Zeitung“ der „Breslauer Zeitung“ „freche Verleumdung“ vor und verklagte Dr. Dohlke obendrein. Dieser erhob Widerklage, und das Schöffengericht in Rattow sprach ihn frei, verurteilte aber den Abg. Giemsa wegen Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten. Giemsa legte Berufung ein. Die Strafkammer aber kam Montag gleichfalls zu dem Urteil, daß Abg. Giemsa die Äußerung von den drei Dugend zur Parteiführung zurückgekehrten Zentrumsabgeordneten in der Tat hat fallen lassen, die „Berichtigung“ somit tatsächlich wider besseres Wissen erfolgt war. Dr. Dohlke wurde deshalb von der Anklage der Beleidigung freigesprochen, und ebenso wurde die Berufung des Abg. Giemsa verworfen und seine Strafe aufrechterhalten.

Schweden.

Eine Zuchtensvorlage. Eine Wollische Depesche aus Stockholm, 22. März, berichtet: Der in der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages angekündigte und von der Regierung ausgearbeitete Gesetzentwurf, betreffend das Arbeitsübereinkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, wurde heute dem Reichstag vorgelegt. Der Gesetzentwurf bestimmt u. a., daß Kollektiv-Über-einkommen (Tarife) nicht auf länger als fünf Jahre abgeschlossen werden können. Während des Bestehens von solchen dürfen weder von den Arbeitgebern noch von den Arbeitern Aussperrungen, Arbeitseinstellungen oder Sympathiestreiks und Sympathie-Ausperrungen vorgenommen werden. Ferner wird die Errichtung eines Arbeitsschiedsgerichts mit dem Sitz in Stockholm vorgeschlagen, das aus drei Juristen und vier mit den Arbeitsverhältnissen vertrauten Personen bestehen soll. Den Arbeitgebern steht das Recht zu, die Arbeit zu leiten und zu verteilen, sie müssen aber den Arbeitern die Freiheit zur Teilnahme an den politischen oder kommunalen Wahlen gewähren. Schließlich enthält der Entwurf Strafbestimmungen für die Veranlassung von Streiks, die das Wohl des Staates gefährden. — Wie man sieht, läuft der Gesetzesvorschlag darauf hinaus, Streiks unmöglich zu machen. Daß auch Aussperrungen während der Vertragsdauer verboten werden, ist lediglich Dekoration; denn erstens lassen sich Aussperrungen in der Form von Entlassungen wegen Arbeitsmangels straflos bewerkstelligen und zweitens wird die kapitalistische Justiz des Klassenstaates die Kapitalisten niemals schuldig finden.

Vereinigte Staaten.

Redensarten. Die amerikanische Friedens- und Schiedsgerichtsgesellschaft hielt am Dienstag in New York ihr Jahresbankett ab, bei dem Präsident Taft, der deutsche Botschafter Graf Bernstorff und der mexikanische Botschafter Delaberra als Ehrengäste die Hauptreden hielten. Präsident Taft trat lebhaft für die Ideen der Gesellschaft ein. Man könne allerdings nicht erwarten, daß irgend ein Land jetzt die Heeres- und Flottenrüstungen aufhebe. Er wolle auch nicht inkonsequent erscheinen, indem er hier für das Friedensschiedsgerichtswesen eintrete und sich gleichzeitig bemühe, für dieses Jahr vom Kongreß zwei neue Schiffschiffe zu erwirken; er hoffe, daß Amerika diese Politik fortsetzen könne, bis der Panamakanal vollendet sei, der wegen der nahen Verbindung der beiden Küsten eine Verdoppelung der amerikanischen Flotte bedeuten werde. Vielleicht werde bis dahin ein Mittel zur Einschränkung der Rüstungen gefunden und angenommen; denn die dahingehende Bewegung sei nicht aufzuhalten. Er sei der Ansicht, daß selbst Fragen der nationalen Ehre dem Schiedsgericht unterbreitet werden könnten. Ohne die Japaner direkt zu erwähnen, befürwortete der Präsident sodann die Ermächtigung des Präsidenten des Bundesgerichts zur Erledigung der Klagen wegen Verletzung der Rechte von Anwohnern in den einzelnen Bundesstaaten. Graf Bernstorff führte in längerer Rede aus, Deutschland habe herzliche Sympathie (!) für die Idee, die Fragen, welche nicht die nationale Ehre oder die Lebensinteressen der Nation berührten, auf dem Wege des Schieds-spruches zu erledigen. Er betonte ausschließlich die friedlichen Zwecke der deutschen Flotte. — Nach dieser hübschen Komödie tranken die Herren eins auf den Weltfrieden!

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Dienstag, dem 29. März 1910, abends 6 Uhr stattfindet, hat folgende Tagesordnung, soweit sie dazu instande ist, zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Vertrag mit dem Bauunternehmer Vordier wegen einer Erbpachtstelle in Israelsdorf. 2. Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der freien und Hansestadt Lübeck und Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1910. 3. Verhinderung einer Fahrwegverbindung zwischen Wulfsdorf und Worrade. 4. Umgestaltung der Rechtsauskunftsstelle und Bewilligung der hierfür erforderlichen Mittel. III. Wiederholte Beratung des Antrages von M. Buchwald: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, durch die Baudeputation prüfen zu lassen, in welcher Weise die Steigerungsverhältnisse des Radfahrweges nach Israelsdorf zu verbessern sind. IV. Antrag von Heinr. Thiel: Die Bürgerschaft solle beschließen, an den Senat das Ersuchen auf Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zu richten zu dem Zweck, in eine Prüfung der Frage einer Reorganisation der Lübecker Verwaltungsbehörden zu treten und im Falle zweckdienlicher Vorschläge zu machen. V. Antrag von B. Dühring: Die Bürgerschaft ersucht den Senat zu prüfen, auf welche Weise der Enklave Hülse-Alberau mit staatlicher Unterstützung bessere Verkehrsverhältnisse zu schaffen seien.

Auf Lübeck finden freisinnige Programmforderungen keine Anwendung! Diese Parole, die auch auf die übrigen Hansestädte ausgedehnt wird, ist dieser Tage von der Leitung der sogenannten Fortschrittlichen Volkspartei ausgegeben worden. Man braucht sich darüber nicht sonderlich zu wundern, denn die Erfahrungen haben schon zu häufig gezeigt, daß bei den Freisinnigen resp. Liberalen vielfach die Worte mit den Taten nicht in Einklang zu bringen sind. Immerhin verdient folgende Auslassung der nationalliberalen „Königlichen Zeitung“, die dem Blatt aus Lübeck zugefandt worden ist, die größte Beachtung:

„Die Einigung der beiden liberalen Gruppen, der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung, zu einer freisinnigen Gesamtpartei des Lübecker Freistaates, über die seit geraumer Zeit Erwägungen schweben, ist auf Schwierigkeiten gestoßen, die aber jetzt als beseitigt gelten können. Es war die Frage des gemeinsamen Vorsitzenden, die man nicht zu lösen vermochte. Während die Freisinnige Volkspartei als die ältere und stärkere im Reich Anspruch auf die Stellung des ersten Vorsitzenden erhob, tat das gleiche auch die Freisinnige Vereinigung, weil sie in Lübeck mehr Mitglieder als die Volkspartei zählt. Jetzt ist man darauf gekommen, ein ein beider Parteien fernstehenden Mann das Amt des gemeinsamen Vorsitzenden anzubieten, und zwar dem früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Görh. Als aber seinerzeit hier die Tatsache erörtert wurde, daß bei der Beibehaltung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts aller Bürger zur Bürgerschaft die Sozialdemokratie in der letzteren bald die Oberhand gewinnen werde, hat auch Dr. Görh für die Änderung des Wahlrechts dergestalt gestimmt, daß die Wähler in zwei Klassen geteilt und somit der Sozialdemokratie nur eine bestimmte Zahl von Sitzen in der Bürgerschaft eingeräumt wurde. Da diese Handlung gegen das Parteiprogramm verstieß, trug man Bedenken, Dr. Görh ohne weiteres zum Vorsitzenden zu wählen; man wandte sich zunächst mit einer Anfrage an die Parteileitung in Berlin, gab dabei aber auch zu erkennen, daß in Lübeck eine Änderung des Wahlrechts notwendig war, wollte man nicht die ganze gesetzgeberische Tätigkeit den Sozialdemokraten überantworten. Die Parteileitung hat daraufhin zu erkennen gegeben, daß die Forderung des Parteiprogramms hinsichtlich des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts der besonderen Verhältnisse halber auf die Hansestädte keine Anwendung finden soll, und so wird auch hier die Lösung der Frage des ersten Vorsitzenden der vereinigten Parteien keine Schwierigkeiten mehr bereiten.“

Wenn diese Meldung der Wahrheit entspricht, und daran zu zweifeln liegt kein Grund vor, so erklären sich die „Fortschrittler“, also nachträglich mit der Wahlrechtsverschlechterung in Lübeck, durch die Tausende von Bürgern minderen Rechts wurden, einverstanden, während sie, z. B. vor der Öffentlichkeit so taten, als ob auch die Freisinnigen und Liberalen Gegner des Wahlrechtsraubes seien. Das war also nichts wie „Dogenverblenden“. Die Arbeiterpartei wird es sich merken müssen, daß „man“, d. h. die Führer der hiesigen Fortschrittlichen Volkspartei, die Wahlrechtsänderung, wie es so zart heißt, für notwendig hielt. Dr. Görh, der offen für die Wahlrechtsverschlechterung eingetreten ist, wird demnach der geeignete Präsident dieser eigentümlichen Volkspartei sein. Die „Programmforderungen“, die sich auf dem Papier so schön machen, können dann ja „der besonderen Verhältnisse halber“ ständig für die Hansestädte außer Wirksamkeit gesetzt werden. Das wird auch gar nicht weiter ausfallen.

Der Nist im Vaterstädtischen Verein, welcher formell aus Anlaß der letzten Vorstandswahl, die mit der Niederlage der ausscheidenden Mitglieder endete, entstanden ist, wurde gestern abend wieder verkleinert. Es hatten nämlich die noch im Vorstände verbliebenen alten Mitglieder, darunter Staatsanwalt Dr. Wenda, ihre Vorstandämter niedergelegt, weil sie annahmen, daß auch sie keinen großen Anhang mehr im Verein hätten. Nachdem namentlich von liberaler Seite mehrere Vertrauensreden gehalten waren, erfolgte die Wiederwahl der Amtsinhaber. Ob diese künstliche Entmachtung bis zur nächsten Bürgerschaftswahl anhalten wird, ist aber sehr fraglich.

Wichtige Änderungen im Verfahren vor den Amtsgerichten treten mit dem 1. April ds. Js. in Kraft. So wird die Klagesumme, die bisher 300 Mk. nicht überschreiten durfte, auf 600 Mark erhöht. Schwere Verbrechen werden hiervon nicht betroffen, es sei denn, daß die Klagen Parteien eine Änderung besonders beantragen. Sogenannte Ferien sachen werden jetzt während der Gerichtsferien erledigt, sobald sie mit einem Antrage auf schleunige Anberaumung des Termins beim Gerichte eingereicht werden. Derartige Prozesse wurden bisher nur dann als eilige Sachen behandelt, wenn die Dringlichkeit genügend glaubhaft gemacht worden war. Die Einspruchsfrist gegen Versäumnisurteile beträgt vom 1. April ab 3 Wochen, bisher nur 2 Wochen. Zeugen und Sachverständige, die bisher von den Parteien geladen wurden, erhalten von jetzt ab die Benachrichtigungen von der Gerichtsschreiberei.

Verein „Öffentliche Lesehalle“ (Mongstraße). Am Karfreitag und am 2. Ostertag ist die Bücherhalle wie am Sonntagen, von 11 1/2 bis 12, geöffnet. Am 1. Ostertag findet keine Bücherausgabe statt. Die Lesehalle wird am Karfreitag und den beiden Ostertagen bis 9 Uhr abends geöffnet sein.

pb. Gestohlene Herrenuhr. Aus dem Hause Reiserstraße 29 a wurde am Freitag, dem 18. d. M., mittags gegen 12 Uhr, eine silberne Herren-Uhr mit Goldband ge-

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 24. März
Achtung, Entfaltung und Hilfsarbeiter! Wegen Differenz mit der Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stutturen und Hilfsarbeiter gesperrt.

hoben. In dem hinteren Deckel der Uhr ist der Name „K. Ranbact“ eingraviert. In dem Verbaht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, steht ein Mann, der zur Zeit des Diebstahls mit Briefpapier in dem Hause haust hat.

pb. Unterschlagung. Ermittelt und festgenommen wurde ein obdachloser Arbeiter wegen Unterschlagung. Er erhielt den Auftrag von einem Herbergsgehilfen, ein Fahrrad mit der Eisenbahn expedieren zu lassen, führte jedoch diesen Auftrag nicht aus, sondern fuhr mit dem Rade nach Hamburg und verkaufte es dort in einer Herberge für 20 Mk.

pb. Ein spitzbüßiger Zigarv. Am 23. d. Mts. gegen 4 Uhr nachmittags wurde aus dem Wartezimmer eines hiesigen Arztes ein Paletot und ein schwarzer steifer Filzhut gestohlen. Der Täter wurde in der Person eines vielfach vorbestraften früheren Barbiers aus Rakeburg ermittelt und festgenommen. Die gestohlenen Gegenstände führte er noch bei sich.

pb. Wer sind die Eigentümer? Gelegentlich einer Durchsuchung in einer Diebstahlsangelegenheit wurden fünf verschiedene Fußmatten beschlagnahmt. Die vermutlich von Knaben von Hausfluren gestohlenen Matten, deren Eigentümer nicht bekannt sind, liegen in den Kammern der Kanalarwache zur Ansicht aus.

pb. Falsche Kleppen. Ein Buchhalter aus Königsberg, der zum Zwecke seines besseren Fortkommens gefälschte Papiere und Zeugnisse benutzte, wurde wegen Übertretung des § 388 St. G. B. festgenommen.

Der Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“, St. Gertrud, veranstaltet am Ostermontag im Lokale „Neu-Lauerhof“ einen theatralischen Abend. Da das Programm sehr reichhaltig ist, so dürfte jeder Besucher zufriedengestellt werden.

Im Konzerthaus Fünffhausen findet heute, Donnerstagabend, eine plattdeutsche Vorstellung durch Hamburger Schauspieler statt. Zur Aufführung gelangt das Stück „Aus dem Hamburger Nachtschichtviertel“. Nach Verleihen auswärtiger Blätter ist die Geschichte recht amüsant und unterhaltend.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen am Karfreitag bleibt das Theater geschlossen. — Am Sonntagabend gelangt ausnahmsweise bei Mittelpreisen Kreuzers romantische Oper „Das Nachtlager in Granada“ zur Aufführung. — Am Sonntag (1. Osterfesttag), nachmittags 3 Uhr kommt bei Nachmittagspreisen falls erfolgreiche Operette „Der fidele Bauer“ zur Wiederholung. Abends 8 Uhr findet die letzte Aufführung von Wagners „Lohengrin“ mit Herrn Erb in der Titelrolle statt. — Das Musikdrama „Salaome“ von Richard Strauss, welches Anfang April hier zum erstenmal in Szene geht, stellt kolossale Anforderungen an die Sänger und das Orchester. Letzteres ist bis auf über 60 Musiker verstärkt worden.

Stichtentum Lübeck. Die diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen werden abgehalten: Gutlin (Zentral-Hotel) Sonnabend, den 16. April 1910, vormittags 9 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen verpflichteten Wehrleute (Jahresklassen 1897—1901) und für sämtliche Ersatz-Reservisten (Jahresklassen 1897—1909). Sonnabend, den 16. April 1910, nachmittags 3 Uhr, für sämtliche gebienten Reservisten (Jahresklassen 1902—1909). Malente-Grimsbüll (Hotel zum Brahmberg) Mittwoch, den 27. April 1910, vormittags 9 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen verpflichteten Wehrleute (Jahresklassen 1897 bis 1901) und für sämtliche Ersatz-Reservisten (Jahresklassen 1897—1909). Donnerstag, den 28. April 1910, vormittags 10 Uhr, für die zum Erscheinen verpflichteten Wehrleute (Jahresklassen 1897 bis 1901) und für die gebienten Reservisten (Jahresklassen 1902—1909). Schwarzenhof (Herrn G. Schwartau) Freitag, den 29. April 1910, vorm. 10 Uhr, für die zum Erscheinen verpflichteten Wehrleute (Jahresklassen 1897 bis 1901) und für die gebienten Reservisten der Jahresklassen 1902 und 1903. Freitag, den 29. April 1910, nachmittags 2 1/2 Uhr, für die gebienten Reservisten der Jahresklassen 1904—1909 und für sämtliche Ersatz-Reservisten (Jahresklassen 1897—1909). Timmendorferstrand (Lages Strandhotel) Sonnabend, den 30. April 1910, vormittags 9 1/2 Uhr, für die gebienten Mannschaften (Jahresklassen 1897—1909). Sonnabend, den 30. April 1910, nachmittags 2 1/2 Uhr, für sämtliche Ersatz-Reservisten (Jahresklassen 1897—1909). — Zum Erscheinen bei den diesjährigen Frühjahrs-Kontrollversammlungen sind verpflichtet: Alle der militärischen Kontrolle unterworfenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes des Heeres und der Marine der Jahresklassen 1897 bis 1909.

Schwartau-Rensfeld. Kolportage. Mit dem 1. April übernimmt der Sozialdemokratische Verein für den Bezirk Schwartau-Rensfeld die Kolportage des „Lübecker

Volksboten“ in eigene Regie. Der Abonnementsbetrag wird für das kommende Quartal im Voraus kassiert. Wünsche, Beschwerden, Anfragen resp. Um- und Anmeldung nehmen Herrn. Giese, Tremkamp, Wilh. Nehlsen, Kattenhof und G. Leu, Markt, an. Öffentlich trägt die Neuierung dazu bei, den Leserkreis des „Lübecker Volksboten“ zu vergrößern.

Hamburg. Die Hölle ausgebrannt. Das Kabarett „Hölle“ ist am Dienstag-Spätachmittag kurz vor der Vorstellung durch Feuer zerstört worden. In einem benachbarten Geschäft sollte ein Gasometer entfernt werden. Der damit betraute Mechaniker kam mit einer offenen Flamme dem Gas zu nahe. Es erfolgte eine Explosion, wobei sämtliche Fenster des daneben befindlichen Kabarettts zerteilnet wurden, worauf die Flammen in den Kabaretttsaal hineinschlugen. Der ganze Saal brannte aus, einschließlich der Bühnen-Requisiten. Der Mechaniker wurde schwer verletzt.

Kiel. Streikbrecher als Zeugen vor Gericht. Welch edles Menschenmaterial beim letzten Streik der städtischen Arbeiter in Kiel Kausreißerdienste beim Magistrate leistete, zeigte drastisch ein Prozeß vor der Kieler Strafkammer. In der in der Nähe des Straßenreinigungsdopots belegenen Gastwirtschaft „Gichhof“ entstanden am Abend des 18. Juli zwischen Gästen und Streikbrechern Reibereien. Nach diesem Vorgange wurde spät abends der jetzt noch bei der Straßenreinigung beschäftigte Arbeitswillige Töpfer auf der Straße durch einen Revolverchuß leicht verletzt. Den Schuß sollte der jetzt angeklagte Tischler Böck abgegeben haben, was dieser jedoch entschieden bestrittet. Auf Grund der Zeugenaussagen erachtet das Gericht den Angeklagten jedoch für überführt und verurteilt ihn daher zu sechs Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft. Zur Charakterisierung der Zeugen sei nur erwähnt, daß der eine, der Kutscher Hansen, aus dem Rendsburger Zuchthaus vorgeführt werden mußte, ein zweiter, der Arbeiter Wegner, aus der Strafkammer, ein dritter war überhaupt nicht aufzufinden. Netze Gesellschaft!

Bremen. Redaktionsswechsel. Der gemäßregelte Lehrer, Genosse Holzmeier, tritt aller Voraussicht nach am 1. April in die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ ein. Die Redaktionskommission hat bereits einen dahingehenden Beschluß gefaßt. Die definitive Erledigung dieser Sache hängt doch mit einer Neubestellung des Parteisekretariats zusammen. Der jetzige Parteisekretär, Genosse Bieck verläßt am 1. Mai Bremen, um in das Bureau des Bildungsausschusses in Berlin einzutreten. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins in Bremen wird in einer Donnerstag tagenden Mitgliederversammlung den Vorschlag machen, den Genossen Rauch zum Parteisekretär zu erwählen. Die dadurch in der Redaktion in der „Bremer Bürgerzeitung“ vacant werdende Stelle wird Genosse Holzmeier einnehmen.

Bremen. Fahrlässige Tötung von vier Arbeitern — drei Monate Gefängnis! Das ist das Ergebnis des gerichtlichen Nachspiels zu dem Gerüststurz in der Bahnhofshalle. Wie noch erinnertlich sein wird, brach am 8. November 1909, kurz nach Mittag, an einem stark geneigt angebrachten Gerüststöß der untere der drei das Gerüst tragenden Holzriegel, in einem Augenblicke, als sich auf diesem Gerüststöß sieben Maler befanden. Infolgedessen stürzten fünf Maler mit dem Bretterbelag des Stößes von dem Gerüst in die Bahnhofshalle hinunter auf einen dort stehenden Zug, von dem sie nach beiden Seiten abglitten. Vier Maler fanden dabei ihren Tod, während einer schwere Verletzungen erlitt. Einem der auf dem Gerüst arbeitenden Maler gelang es, sich an den Verstrebrungen des Bogensbinders festzuhalten, während ein anderer auf den nächsten zweituntersten Gerüststöß fiel. Als das Unglück passierte, war das Gerüst bereits fünfmal umgelegt. Vor der Strafkammer II des Landgerichts hatten sich am Dienstag wegen fahrlässiger Tötung der vier verunglückten Malergehilfen und Körperverletzung des fünften unter Anklagestellung der ihnen besonders obliegenden Aufmerksamkeit der Zimmermeister Boy Weyfen und der Malermeister Hermann Sander, beide aus Bremen, zu verantworten. Die Angeklagten bestritten ein Verschulden ihrerseits an dem Unfall. W. gab an, daß er auf die Aufforderung des S. zunächst ein Angebot zu 2800 Mk. gemacht und dabei mit 10 bis 15 Mann Belastung gerechnet habe. Als S. die Malerarbeiten übertragen waren, soll er dem W. erklärt haben, seine Forderung sei zu hoch, es kämen ja nur ein bis zwei, höchstens drei Mann auf einem Stoß zu stehen. S. bestrittet, dieses gesagt zu haben. W. hat erklärt, in diesem Falle könne er das Gerüst billiger herstellen und Riegel von 10x12 Zentimeter Stärke benutzen, die er noch habe, was dann auch geschehen ist. Nach dem Gutachten der vernommenen Sachverständigen ist der Unfall dadurch herbeigeführt, daß ein

schon sehr oft gebrauchter, alter Riegel zu dem Gerüst verwendet ist. Die Sachverständigen vertraten danach den Standpunkt, daß W. den Unfall verschuldet habe. Das Gericht hat nur eine Fahrlässigkeit des Angeklagten Weyfen für festgestellt erachtet, eine Schuld des Angeklagten Sander jedoch verneint. Demgemäß wurde Sander kostenlos freigesprochen. Weyfen wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, wobei erschwerend in Betracht gezogen ist, daß durch seine Fahrlässigkeit vier Menschenleben vernichtet worden sind. Wie leicht muß dieser Justiz ein Arbeiterleben wiegen, wenn ein Urteil auf drei Monate schon als schwer genug gilt, um vier Tote und einen Schwerverletzten aufzuwiegen. — Dienstenklaffung eines Lehrers. Die hiesige Disziplinar-Kammer hat in zweitägiger Sitzung gegen den Oberlehrer an der Bremerhavener städtischen Maschinen- und Gewerbeschule, Diplomingenieur Armin Benetsch verhandelt wegen Erhebung und Verbreitung schwerer Vorwürfe gegen seinen Vorgesetzten, den Direktor der genannten Schule, Brockhaus. Benetsch war früher mit einer Tochter des Direktors verlobt, die Verlobung ist aber rückgängig gemacht worden. Daraus scheint sich das feindselige Verhältnis entsponnen zu haben. Benetsch warf dem Direktor grobe Ungerechtigkeiten und Durchstechereien mit Schülern bei den Prüfungen vor. Das konnte aber vor der Disziplinar-Kammer nicht bewiesen werden. Der Antrag des ersten Staatsanwalts Böning lautete gegen den Oberlehrer Benetsch auf Dienstentlassung, und die Disziplinar-Kammer erkannte demgemäß, indem sie dem Verurteilten auch die Kosten des Verfahrens auferlegte.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.
Mittwoch, 23. März.
D. Galmstad, Kap. Bergh, von Kopenhagen, 12 S.
D. Hercules, Kap. Vager, von Gammal, 4 T.
D. Alfrikur, Kap. Hansen, von Gammal, 4 T.
D. Wilhelm Lüde, Kap. Laash, von Rostock, 6 S.
D. N. C. Petersen, Kap. Bloch, von Rlyth, 3 1/2 T.
D. Thor II, Kap. Jürgensen, von Naskov, 8 S.
Helene, Kap. Schuel, von Burg a. F., 12 S.
Aladen, Kap. Andersen, von Christianand, 4 T.
Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Dienstag, 22. März.
D. Galland, Kap. Kollberg, nach Kopenhagen.
D. Erpreß, Kap. Davidsen, nach Flensburg.
Mittwoch, 23. März.
Anne Marie, Kap. Jensen, nach Sperrade.
Eben Esar, Kap. Rasmussen, nach Burg a. F.
D. Kurik, Kap. Gräslund, nach Norrböping.
Schiffsbewegungen.
D. Baltic, Kap. Sundquist, ist gestern früh in Helingsfors angekommen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 23. März.
Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,45 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,60 Mk., Hasen — — — — — Mk., Enten — — — — — Mk., Schlüter 2,00—2,80 Mk., Kühen Stk. — — — — — Mk., Tauben Stk. 0,55—0,65 Pf., Gänse Pfd. — 0,75 Mk., Hlitzgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinstopf Pfd. 55—60 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40 Mk., Eier 9 Stück 60 Pfg., Heringe genügend, Dorsche genug, Süßwasserfische genug, Karpfen Pfd. 1,00—1,10 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk., Schleie Pfd. 1,40—1,60 Mk., Brachsen — Pfg., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 70—80 Pfg., Hai Pfd. 1,20 Mk., Karautschen Pfd. 60 Pfg., Gemüse genug, Blumenkohl d. Kopf 0,20—0,40 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk., Äpfel verschiedene pr. 100 Pfd. — — — — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — — — — — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Pfd. 45—65 Pf., Mand Pfd. — Pfg.

Butter-Votierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein, Butter-Auktion des ostholsteinschen Meierei-Verbandes. **Hamburg, 22. März.**
1. Klasse 280 Dektel zu 135,19 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 36 „ 129,92 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Herren-,
Jünglings-,
Knaben-
Anzüge
Paletots
Beinkleider etc. etc.
empfehlen
Gehr. Baro
Kohlmarkt 5.

Billiges Oster-Angebot!
Saiz Schüssel (Stück) 80 Pfg. 1,00 1,25 Mk.
Schüssel m. Deckel 60 Pfg. 75 Pfg. 1,00 Mk.
Gemüse-Schüssel 8, 12, 18, 23 Pfg.
Braten-Schüssel 20, 30, 50, 75 Pfg.
Ess-Löffel u. Gabel 9, 13, 18, 22, 25 Pfg.
Kaffee-Löffel 5, 8, 10, 12, 25 Pfg.
Tisch-Messer 15, 20, 25, 40 Pfg.
Wachtuch jetzt Meter 1,10 1,25 1,40 Mk.
Zum Feste empfehle noch:
Handtaschen in enormer Auswahl | Halsketten, Broschen, Uhrketten, Kämmen
50, 65, 1,— 1,25 1,75 2,25 2,75 3—12 Mk. | in großer Auswahl, billigste Preise.
Neu eingetroffen: **Sportwagen 500 650 850 1000 1200 1500 Mk.**
Breitestr. **RIESEN-BAZAR** Breitestr.
33. **Pietro Cagna.** 33.
Trotz meinen enorm billigen Preisen 4 Proz. oder rote Lubeca-Marken.

Beachten Sie bitte mein Schaufenster. Hüte, Schirme, Stücker.

Krawatten
in größter Auswahl
sowie sämtliche
Herren-Artikel
Hans Kamerhuis
Ob. Wahmstr. 17.

Ein Versuch lohnt sich!
Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfd. 1,60 Mk.
Meine Reformbutter
(Margarine der Zukunft)
kostet Pfund nur 80, 90 und 100 Pfg.
Obere Wahmstr. 10. **Hans Wegener.**
Fernsprecher 1630.


Vereinigte
Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.
Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. 1,50 Mk.

Ausverkaufspreise in Gemüse-Konserven.
Enorm billig.
2 Pfund Brech- und Schnittbohnen, Dose 27 Pfg.
2 Pfund Gemüse-Erbsen, Dose 36 Pfg.
Obere Wahmstrasse 10.
Hans Wegener.

RUDOLPH KARSTADT.

Breifestrasse.

LÜBECK

Johannisfrasse.

Zum Osterfest empfehle in grosser Auswahl zu billigen Preisen

Herren- u. Knaben-Garderoben

Vorzügliche Passformen!

Beste Verarbeitung!

Herren-Anzüge	Mk.	12 ⁵⁰	19 ⁷⁵	23 ⁵⁰	29 ⁵⁰	36 ⁰⁰
Herren-Paletots	Mk.	14 ⁷⁵	19 ⁵⁰	26 ⁵⁰	32 ⁵⁰	38 ⁰⁰
Herren-Pelerinen	Mk.	9 ⁵⁰	12 ⁵⁰	16 ⁵⁰	19 ⁵⁰	23 ⁵⁰
Herren-Beinkleider	Mk.	2 ²⁰	3 ⁹⁰	5 ⁴⁰	6 ⁹⁰	9 ⁷⁵
Jünglings-Anzüge	Mk.	8 ⁵⁰	12 ⁵⁰	16 ⁵⁰	21 ⁵⁰	26 ⁵⁰
Knaben-Anzüge	Mk.	2 ⁵⁰	4 ⁷⁵	6 ⁵⁰	9 ⁷⁵	12 ⁵⁰
Knaben-Pyjacks	Mk.	3 ⁵⁰	5 ⁹⁰	8 ⁷⁵	12 ⁵⁰	14 ⁷⁵

Herren-Filzhüte neueste steife Formen	Mk.	4.25	3.75	3.00	2 ⁶⁰
Farbige Herrenhüte in neuen modernen Farben	Mk.	4.00	3.50	3.00	2 ⁷⁵
Herren-Yachtklubmützen blau	Mk.	1.85	1.40	1.20	85 [¢]

Knaben-Schirmmützen blau, neue Formen	Mk.	1.85	1.45	1.10	65 [¢]
Knaben-Sportmützen moderne Dessins	Mk.	1.20	1.00	75 [¢]	55 [¢]
Knaben-Matrosenmützen blau, neue Formen	Mk.	1.85	1.45	1.25	95 [¢]

Erstklassige Schuhwaren

Nur gute solide Fabrikate!

Weitgehendste Garantie für gutes Tragen!

Herren-Stiefel	Mk.	6 ⁵⁰	7 ²⁵	8 ⁵⁰	10 ⁵⁰	12 ⁵⁰
Herren-Stiefel braun	Mk.	10 ⁵⁰	12 ⁵⁰	14 ⁵⁰	16 ⁵⁰	18 ⁰⁰
Damen-Stiefel	Mk.	5 ⁹⁰	6 ⁹⁰	8 ⁵⁰	10 ⁵⁰	12 ⁵⁰
Damen-Stiefel braun	Mk.	7 ²⁵	8 ⁵⁰	10 ⁵⁰	12 ⁵⁰	16 ⁵⁰
Kinder-Stiefel Grösse 25-28	Mk.	2 ⁵⁰	2 ⁹⁰	3 ⁷⁵	4 ⁷⁵	5 ²⁵
Kinder-Stiefel Grösse 27-30	Mk.	3 ¹⁰	4 ²⁰	4 ⁹⁰	5 ⁴⁰	6 ³⁰
Kinder-Stiefel Grösse 31-35	Mk.	3 ⁷⁵	4 ⁹⁰	5 ⁶⁰	6 ¹⁰	6 ⁹⁰

„The Vera“ amerikanischer Schuh für Damen und Herren 16⁰⁰ Mark und 18⁰⁰ Mark das Paar.

Sonnabend ist mein Geschäft bis 10 Uhr geöffnet.

Deutsche Kasernenkultur.

I.

Erziehungsmethoden eines Gefreiten.

Der Gefreite Ewald Wendel vom 8. Dragonerregiment hatte den Dragoner Mrosel wiederholt derartig ins Gesicht geschlagen, daß ihm das Trommelfell platze und, als der Mißhandelte mit Anzeige gedroht, erklärte, wenn er, M., ihn anzeigen, dann zerschlage er ihm auch noch das andere Trommelfell! Dafür wurde der Rohling jetzt vom Kriegsgericht in Breslau zu — 14 Tagen Mittelarrest verurteilt!

Für solch unsägliche Brutalität bedeuten vierzehn Tage „Mittel“ keine Strafe.

II.

Militärische Selbentaten, die das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen können.

Das Kriegsgericht der 28. Division in Stuttgart verurteilte den Leutnant v. Grövenh von Dragoner-Regiment Nr. 28 wegen Mißhandlung Untergebenen in 68 Fällen, sowie wegen vorschriftswidriger Behandlung und Verleumdungen zu vier Monaten Festungshaft. Die Öffentlichkeit war wegen Gefährdung militärischer Interessen während der ganzen Dauer der Verhandlungen ausgeschlossen.

III.

Auch in Sachsen blüht die Soldatenschänderei wie noch nie.

Vor dem Kriegsgericht in Dresden waren wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Verleumdung Untergebenen zusammen circa 200 Fällen (man könnte ebenso gut auch sagen 500 oder 1000 Fällen, denn genau läßt sich das nicht feststellen) angeklagt der Sergeant Kasper, der Wachtmeister Schmidchen, der Sergeant Mentzschel und der Unteroffizier Gerlach, sämtlich vom 11. Infanterie-Regiment Nr. 17 in Döschitz, Sachsen. Kasper, dem allein circa 125 Fälle zur Last gelegt wurden, wurde vor kurzem in Haft genommen und verurteilt in seiner Zelle durch Erhängen am Fenstergitter Selbstmord. Er wurde abgeschlachtet und die Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg, er ist jetzt wieder völlig hergestellt. Die Angeklagten werden beschuldigt, sich in der Zeit von 1908 bis 1909 in fortgesetzter und unerhörter Weise an Untergebenen vergangen zu haben. So hat Kasper, der als ein gefährlicher Soldatenschänder galt, die Soldaten in der Hauptsache beim Turnen, Reiten und Zielen mißhandelt. Beim Zielen mußte stets ein Korb voll zugegen sein, und damit hat er unermesslich auf die Soldaten eingeschlagen. Ein Soldat wurde damit derart über den Rücken geschlagen, daß er blutunterlaufene Streifen davontrug. Ein Mann wurde so sehr mit Peitschenhieben traktiert, daß er drei Tage dienstunfähig war und im Bett liegen mußte. Mehrfach wurden die Leute in schmerzhafter Weise auf verschiedene Körperteile geschlagen. Auch an Schimpfworten fehlte es natürlich nicht. So wurden die Vaterlandsverteidiger Ras und Paderlump genannt. Auf offener Straße wurde ein Mann mit der ganze demagen über den Kopf geschlagen, daß das Blut unter der Mütze vorlief! In sehr vielen Fällen wurden die Soldaten mit der Springschnur geschlagen. Oft mußten sie Kohlenlasten, Bänke usw. so lange strecken, bis sie vor Erschöpfung und Schmerzen zusammenbrechen drohten. Auch der Angeklagte Schmidchen hat in einer Unmenge von Fällen mit der Springschnur auf Untergebene eingeschlagen und sehr viel Ohrfeigen ausgeleitet. Mehrmals hat er Soldaten bis zur Erschöpfung Kniebeuge machen lassen! Die dem Angeklagten werden gegen 20 Fälle zur Last gelegt. Der Angeklagte Mentzschel hat ebenfalls unermesslich mit der Peitsche auf Untergebene eingeschlagen und die Springschnur tüchtig auf den Körpern der Soldaten tanzen lassen. Nicht selten kam es vor, daß dieser Soldatenschänder Streckübungen mit Karabiner bis 100, ja sogar 300 mal ausführen ließ! Eine ganz eigenartige Methode im Mißhandeln hatte der Angeklagte Gerlach eingeschlagen. Er hat die Soldaten regelmäßig derart in die Backen gekniffen, daß es diese tage- und wochenlang spürten. Vielfach wurden die Untergebenen von ihm mit Füßen bearbeitet und mit der Springschnur geschlagen. Sogar eigene Justiz machte dieser Soldatenschänder, denn ein Mann wurde von ihm zu 14 Tagen Stubendienst verurteilt. Der Angeklagte Kasper hatte einmal Überanforderung vorschriftswidrig behandelt. Hierbei wurde einer der Soldaten durch Übermüdung und Erschöpfung zur Gehorsamsverweigerung getrieben! Dieser Soldat wurde gemeldet und noch dazu vom Kriegsgericht mit einer exorbitanten Strafe belegt! Dieser Vorfall sollte aber den Stein ins Rollen bringen, denn der Soldat erklärte damals vor Gericht, daß Kasper ein nicht einwandfreier Vorgesetzter sei. Es wurde darauf eine Untersuchung eingeleitet, die von Tag zu Tag mehr Mißhandlungen aufzudeckerte. Ein großer Teil der Soldaten rückte aber zugunsten der Soldatenschänder während der Untersuchung nicht mit der Wahrheit heraus! Wir sollten nicht sagen, erklärten sie später. Fast alle sagten, daß die Mißhandlungen sehr oft vorgekommen sind, auf die einzelnen Fälle könnten sie sich nicht besinnen. Die Angeklagten gaben sämtlich einen Teil der Mißhandlungen zu, entschuldigten sich aber mit der mangelhaften Beaufsichtigung. Ein Leutnant war zur Beaufsichtigung befohlen, aber nie da, erklärte einer der Angeklagten. Wenn Müßiggang dagewesen wäre, dann wäre es nicht so weit gekommen, erklärte Kasper. Insofern ist auch gegen einige Offiziere eine Untersuchung eingeleitet, so daß der Prozeß noch weitere Kreise ziehen wird. Der Anklagevertreter führte aus: Die Verhandlung habe ein bedauerliches Bild entrollt, wie es nicht mehr vorkommen sollte und nicht mehr vorkommen wird. Wenn solche umfangreichen Mißhandlungen vorkommen, dann ist es kein Wunder, daß die Soldaten erbittert weggehen und ungern an

ihre Dienstzeit denken. (Kriegervereiner werden diese Soldaten sicher nicht.) Durch derartige Mißhandlungen wird die Dienstfreudigkeit nicht gehoben, sondern der Ungehorsam angekündigt. Selbstmorde sind oftmals sogar die Folge. Nach diesen Worten überraschte es allgemein, daß der Anklagevertreter auffallend gelinde Strafen beantragte. Gegen den Hauptschuldigen Kasper beantragte er nur acht Monate Gefängnis! Das Urteil lautete bei Kasper auf neun Monate Gefängnis und Degradation, bei Schmidchen auf — fünf Wochen gelinden Arrest!, bei Mentzschel auf — sechs Wochen gelinden Arrest!, bei Gerlach auf — sechs Wochen mittleren Arrest!

Aus der Partei.

Wiederaufnahme des Essener Meineidsprozesses!

Das Oberlandesgericht in Hamm hat durch Beschluß am Mittwoch die Wiederaufnahme des Verfahrens im Essener Meineidsprozeß gegen Schröder und Genossen angeordnet. Das Landgericht Essen hatte bekanntlich unlängst den dahinzielenden Antrag des Verteidigers Dr. Niemeyer in Essen abgelehnt.

Wahlrechtsdemonstranten vor Gericht. Die preussische Justiz arbeitet gegen die Wahlrechtsdemonstranten mit einer Schnelligkeit, die man sonst an ihr nicht gewöhnt ist. Es ist klar, daß bei dieser Art Justizarbeit von einer genügenden Vorbereitung der Angeklagten für die Hauptverhandlung keine Rede sein kann. Die mit den Anklagen befaßten Gerichte lehnen auch in der Regel die Ladung von Zeugen ab, die den Beweis liefern sollen, daß die Polizei provokatorisch aufgetreten ist. Die Ablehnung der Beweisanträge wird immer damit begründet, daß das Gericht die Behauptung der Angeklagten bezüglich des Verhaltens der Polizei als wahr unterstellt. Auch hat ein Angeklagter durch Zeugen beweisen wollen, daß die Polizei am 6. März rücksichtslos auf die Menge eingeschlagen habe, daß sie in Lokale eingedrungen, dort Frauen und Kinder gepackt und hinausgeworfen habe. Auch dies wurde vom Gericht als wahr unterstellt. Trotzdem hier also die Gerichte das Vorgehen der Polizei nicht bestreiten, kamen sie regelmäßig zu ganz empfindlichen Verurteilungen. Bisher haben sich nur Personen verantworten müssen, die im Treptower Park gewesen waren. Ob gegen die Spaziergänger im Tiergarten eingeschritten wird, erscheint somit noch fraglich. Auch am Mittwoch standen sechs Angeklagte vor den verschiedenen Schöffengerichten. Die ausgesprochenen Strafen schwanken zwischen drei Wochen und zwei Monaten Gefängnis, nur ein Angeklagter kam billiger davon, er erhielt drei Tage Gefängnis und zwar deshalb, weil er die bekannten Plakate des Polizeipräsidenten v. Jagow von einer Anschlagssäule abgerissen hatte. Man wird nicht behaupten dürfen, daß diese Art der Massenarbeit das Vertrauen zu der Justiz sonderlich heben wird. Wie wir hören, werden die Verurteilten fast durchweg Berufung einlegen und vor der Berufungsinstanz gelangt es hoffentlich durch Zeugen zu beweisen, daß die Polizei durch ihr Auftreten die Massen zu dem Rufe „Bluthunde“ angereizt hat. In den jetzt verhandelten Prozessen war es immer so, daß die Zivilzeugen bestätigt haben, daß die Angeklagten den Ausdruck „Bluthunde“ nicht gebrauchten, währenddem die als Zeugen geladenen Polizisten auf ihren Eid nahmen, daß die intrinierte Äußerung gefallen war.

Die Ehrung des Abg. Ulrich in der hessischen Kammer. Am Montag, dem 21. März, waren es bekanntlich 25 Jahre, daß Genosse Ulrich in die zweite hessische Kammer als Abgeordneter eintrat. In der Dienstag stattgefundenen Sitzung war der Platz des Jubilars mit Blumen prachtvoll dekoriert. Der Vizepräsident Kroll (Wirtschaftl. Vereinigung) widmete Ulrich folgende anerkennenden Worte: „Vor Eintritt in die Tagesordnung lassen Sie mich der Tatsache gedenken, daß das Mitglied unseres Hauses, Herr Abgeordneter Ulrich, gestern einen wichtigen Abschnitt in seiner parlamentarischen Tätigkeit vollendet hat. Am 21. März waren es 25 Jahre, daß Ulrich erstmals in die zweite Kammer eintrat und hat seit dieser Zeit ununterbrochen derselben als Mitglied angehört. In diesem Hause, sei es nun im Plenum oder im Ausschuss, hat er stets eifrig mitgearbeitet und sich bemüht, den Pflichten seines Mandats nachzukommen. Wenn es hier und da auch durch sein heftiges Temperament oder durch Parteigründsätze zu Zusammenstößen mit der Regierung, mit den Kollegen, oder gar mit dem Präsidenten gekommen ist, so will ich in dieser Stunde nicht darüber richten. Eine unparteiliche präsidiale Führung gebietet mir, anzuerkennen, daß der Jubilar gleich seinen anderen Kollegen durch die vielen Jahre hindurch große Opfer gebracht und den Interessen seiner Überzeugung rückhaltlos Ausdruck gegeben hat. Der Übung des Hauses entsprechend ist der Platz des Herrn Abgeordneten heute festlich geschmückt. Die Glückwünsche sind ihm bereits gestern telegraphisch übermittelt worden. Sie haben sich zu Ehren des Jubilars von Ihren Sitzen erhoben, ich konstatiere das und danke Ihnen.“ Abg. Ulrich: „Ich danke Ihnen, Herr Präsident, für die freundlichen Worte und will hier nichts weiter erklären, als daß ich der alte bleibe.“ (Gr. Heiterkeit und Beifall.)

Gewerkschaftsbewegung.

Offene Kriegserklärung der Unternehmer im Baugewerbe. Die am 22. d. M. in Dresden stattgefundene außerordentliche Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes, die von 764 Teilnehmern besucht war, hat in einer einstimmig angenommenen Resolution nunmehr eine offene Kriegserklärung an die Bauarbeiter gerichtet. In der Resolution wird erklärt, daß die am 31. d. M. ablaufenden Tarifverträge unter Zugrundelegung eines Tarifvertragsmusters erneuert werden sollen, das folgende Bestimmungen zu enthalten hat: 1. Der Abschluß soll zentral erfolgen. Die vorherige Vereinbarung der speziellen Arbeitsbedingungen soll nach wie vor den Arbeitgeberverbänden und den in Betracht kommenden Zweigverbänden der Arbeitnehmer überlassen bleiben. 2. Die Möglichkeit, die für die einzelnen

Verbände geeigneten Lohnmethoden zu vereinbaren, soll durch das Vertragsmuster gesichert werden. Eine Reduzierung der Lohnhöhe ist nicht beabsichtigt. 3. Die Akkordarbeit soll nicht nur als zulässig erklärt, sondern ihre Durchführung auch im Verträge gesichert werden. 4. Durch eine besondere Erklärung außerhalb des Vertrages soll eine Sicherung der Arbeitgeberarbeit nachweise insofern festgelegt werden, daß diese von den Arbeiterorganisationen in keiner Weise gestört werden dürfen. 5. Eine geringere als dreijährige Vertragsdauer soll ausgeschlossen sein. Dieser Beschluß soll den Arbeitnehmern aller Zentralverbände als endgültige Entscheidung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe mitgeteilt werden. Die Hauptversammlung erwartet gemäß der in Berlin mit den Arbeitgebervertretern getroffenen Vereinbarung Antwort der Arbeiterorganisationen bis spätestens den 8. April und erklärt sich mit der Verlängerung der jetzt bestehenden Verträge bis längstens 14. April einverstanden. — Eine Einigung muß nach diesen Beschlüssen als völlig ausgeschlossen gelten, da diese Beschlüsse der Unternehmer den Wünschen der Arbeiter in keiner Weise gerecht werden, haben doch auch die Arbeitervertreter bei den Beratungen mit der Dreizehnerkommission in Berlin ausdrücklich erklärt, die dort gestellten Bedingungen der Unternehmer — die nun durch die Beschlüsse der Dresdener Hauptversammlung sanktioniert wurden — unter allen Umständen ablehnen zu müssen. Die offene Kriegserklärung durch die Unternehmer ist jetzt erfolgt. Der Kampf ist unausbleiblich. Daß die Bauarbeiter für diesen Kampf gewappnet und gerüstet sind, wird den Unternehmern schon noch spürbar werden. Sicher wird auch die gesamte deutsche Arbeiterschaft in diesem für die Gewerkschaftsbewegung so überaus wichtigen Kampfe hinter ihren kämpfenden Brüdern vom Baugewerbe stehen. Die Bauarbeiter selbst aber sind von idealer Kampfesbegeisterung erfüllt. Beschlossen doch z. B. die Zimmerer Leipzigs in einer am 21. März von mehr als tausend Personen besuchten Mitgliederversammlung, für den Fall, daß die Unternehmer der Bauarbeiterschaft den Kampf aufdrängen sollte, auf die Streikunterstützung für die ersten 14 Tage zu verzichten.

Lohnbewegungen im Bäckereigewerbe. Die Bäcker in Magdeburg sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben einen Tarifentwurf unterbreitet, in dem u. a. das Verbot des Kost- und Logiszwanges, ein Minimallohn von wöchentlich 25 Mk., eine Höchstarbeitszeit von 12 Stunden täglich mit angemessenen Ruhepausen, eine Woche Ferien usw. gefordert werden. Die Meister werden um Rückübernahme bis zum 2. April ersucht. — In Würzburg verlangen die Bäcker Mindestlöhne von 19—25 Mk., Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, Urlaub von 7 Tagen pro Jahr unter Fortzahlung des Lohnes usw. In Frankfurt a. M. haben 1000 Bäcker und in Karlsruhe 200 Bäcker die Arbeit niedergelegt.

Lohnbewegungen im Holzgewerbe. In der Stuhlfabrik „Rahlmühle“ in Münders am Deister kam es vor einigen Wochen zum Ausstand sämtlicher Arbeiter, weil die Firma ganz erhebliche Lohnabzüge vornehmen wollte. In der Stuhlindustrie bietet das Industriegebiet am Deister mit einigen 1000 Arbeitern eine gewaltige Konkurrenz für die übrigen Orte und wurde darum seitens des Holzarbeiterverbandes alles aufgeboten, um eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der dortigen Arbeiter zu verhindern. Die Bewegung konnte nun mit einem schönen Erfolge beendet werden. Für die Stuhlbauer sind die Preise für 25 Positionen von 5—15 Proz., für die Polierer für 18, für die Maschinenaarbeiter für 16 Positionen aufgebessert. Für die übrigen Orte werden die Preise, welche die Firma kürzen wollte, weiter gezahlt. — In Kissingen ist die Lohnbewegung der Tischler auf friedlichem Wege beendet worden. Die Stundenlöhne wurden um 3 Pfg. erhöht und der Mindestlohn auf 36 Pfg. pro Stunde festgesetzt.

Die Möbeltransportarbeiter in Darmstadt, 90 Mann, haben die Arbeit eingestellt. Verhandlungen sind sofort angebahnt und haben zur Folge gehabt, daß 24 Mann zu den neuen Bedingungen arbeiten. Ursache des Streiks sind die erbärmlichen Löhne und die Provokation der Unternehmer; die Unternehmer boten nämlich 1 Pfg. pro Stunde Lohnerhöhung an. Die Unternehmer versuchen, Ersparnisse heranzuziehen.

Tarifabschluss im Tapezierergewerbe. Zwischen der Ortsgruppe Augsburg des bayrischen Landesverbandes für das Tapezierergewerbe und dem Tapeziererverbande ist nach längerer Unterhandlung ein Tarifvertrag, gültig für Augsburg und die Vororte, abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit wird auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt, der Stundenlohn um 5 Pfg. pro Stunde erhöht. Außerdem bringt der Vertrag den Gehilfen eine Reihe anderer erheblicher Verbesserungen. Der Vertrag läuft bis 15. März 1913.

Kriegserklärungen der Bauunternehmer. Die mittelfränkischen Bauunternehmer bereiten systematisch und entschlossen den Angriff vor. In einem an die Mitglieder des Unternehmerverbandes verschickten vertraulichen Rundschreiben, das der Arbeiterorganisation auf den Tisch geflogen ist, wird auf den Ernst der Situation aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß möglicherweise schon am 1. April alle Geschäfte geschlossen werden müssen. Den Mitgliedern wird angeraten, mit der Übernahme von Aufträgen äußerst vorsichtig zu sein und unter allen Umständen den betr. Verträgen die Streik Klausel beizufügen. Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, daß nach dem Verbandsstatut nur der Arbeitsnachweis des Verbandes — ein Maßregelungsinstitut ersten Ranges — beauftragt werden darf und gebot, daß in Zukunft gegen zuwiderhandelnde Mitglieder eingeschritten wird. Zu bemerken ist, daß in Mittelfranken von den Arbeitern keinerlei Forderungen gestellt worden sind, daß die Arbeiter vielmehr von einer Kündigung des am 1. April ablaufenden Vertrages abgesehen haben und geneigt waren, ihn ein weiteres Jahr fortlaufen zu lassen, er wurde aber Ennapp vor Ablauf der festgelegten Frist vom Unternehmerverband selbst gekündigt, der unter allen Umständen den Krieg will, um das verächtliche Berliner Vertragsmuster durchzusetzen.

Aus dem Gerichtssaal.

Wiltürjustiz. Vor dem Kriegsgericht in Potsdam wurden zwei Unteroffiziere wegen tätlichen Angriffs auf Vorgesetzte verurteilt, und zwar der eine zu 3 1/2 Jahren Gefängnis und Degradation, der andere zu 6 Monaten und 2 Tagen Gefängnis und ebenfalls Degradation. Die Verurteilten hatten im betrunkenen Zustand zwei Offiziere in Zivil tätlich angegriffen. Das Oberkriegsgericht in Potsdam hat nunmehr das Urteil der ersten Instanz bestätigt und lediglich bei dem einen der Unteroffiziere die Degradation aufgehoben.

Schutz gegen Schußleute! Je mehr der Ruf nach Schutz gegen die Schußleute ertönt, desto mehr Nähe geben sich manche Täter der öffentlichen Ordnung, den Beweis für die Berechtigung dieses Rufes zu erbringen. Ganz besonders schlimm bestellt mit der polizeilichen Willkür muß es im rheinisch-westfälischen Industriegebiete sein, denn die von dort berichteten Fälle häufen sich zusehends. So wurde am 18. d. M. wieder vor der Strafkammer in Duisburg gegen zwei Polizeibeamte verhandelt, die ohne irgendwelchen Schein von Recht einen Bürger in seiner Wohnung aufgesucht und ihn dort berart mit der Waffe verhaun haben, daß der Mann vier Wochen im Krankenhaus zubringen mußte. Die beiden Polizeibeamten Kroppen und Molting aus Alfum, dem „berühmten“ Inspektionsbezirk Hamburg zugehörend, befanden sich eines Tages in einer Kneipe, als dort erzählt wurde, ein gewisser Schmiedemeister Diergard — der spter einen über den Durst trinkt — sei wieder betrunken und schlage in seiner Wohnung alles entzwei. In Wirklichkeit hatte der schon ältere Mann aber nur eine häusliche Szene gehabt, weil ihm angeblich seine Frau 5 Mk. weggenommen hatte. Bei dem nicht gerade sanften Nachsuchen in einem Schrank waren eine Kaffeemaschine und ein Topf mit Gebäck in Scherben gegangen. Das war alles. Das ging aber die Polizeibeamten nichts an. Trotzdem gingen beide auf Grund des Wirtshausgesprächs nach der Wohnung des Diergard, der sich längst wieder beruhigt hatte und in der Wohnung eines Mitbewohners seines Hauses war, als die Polizeibeamten Einlaß verlangten. Raum hatte Diergard geöffnet, so erhielt er von den behelmten Ordnungshütern Faustschläge ins Gesicht! Dann wurde er von den beiden Polizisten in seine Küche gedrängt, und nun ging es mit dem Säbel drauf. Alles das geschah ohne irgendwelche vorherige Auseinandersetzung, ohne irgendwelchen Streit. Dann, als der Mann in der Küche der Siebe genug erhalten hatte, nötigten ihn die beiden Polizeibeamten, sich ins Bett zu legen. Diergard kam dem auch nach, kaum aber lag der Mann zu Bett, dann wurde er aufs neue verprügelt, so daß er laut schrie: „Wenn Ihr noch nicht aufhören wollt, so schlagt mich nur gleich tot.“ Vier Wochen mußte das Opfer polizeilicher Brutalität im Krankenhaus liegen. Und für dieses jeden Schein eines Rechts entbehrende Verfahren, für diese viehische Roheit in der Polizeiform beantragte der Staatsanwalt, der selbst zugeben mußte, daß die Köhlinge sich nicht als Polizeibeamte qualifizierten, je — einen Monat Gefängnis! Und das Gericht erkannte demgemäß. — O, Preußen, du herrlicher Kulturstaat!

Schmitt als Zeuge. In einer Schöffengerichtsverhandlung in Köln sollten zwei Schußleute über eine von einem dritten Beamten vorgenommene schwere Mißhandlung

ausagen, die sich dieser, als er angeheulert aus einem Vorderstam, gegenüber zwei Handwerksmeistern hatte zuschulden kommen lassen. Die uniformierten Zeugen erklärten, nichts gesehen zu haben. In der Begründung des Urteils, das gegen den Schußmann auf eine Strafe von 100 Mk. und auf 100 Mk. Buße lautete, erklärte der Vorsitzende des Schöffengerichts, das Gericht spreche sein Bedauern darüber aus, daß die als Zeugen vernommenen Schußleute offenbar mit der Wahrheit zurückgehalten hätten. — Wird man den Beamten nun pflichtgemäß den Prozeß machen?

Aus Nah und Fern.

Ein verurteilter Beschäftigter. Die Stadtverordnetenversammlung in Berlin beschloß mit großer Mehrheit, den Magistrat zu ersuchen, bei den Staatsbehörden dahin zu wirken, daß Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge, von denen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht zu befürchten ist, im Rayon Berlin nicht gehindert werden.

Eine gemeine Tat. Eine 42jährige geschiedene Frau in Berlin schüttete ihrem Manne, mit dem sie sich verloben wollte, trotzdem sie der schuldige Teil war, plötzlich Salzsäure ins Gesicht. Der Mann brach bewußtlos zusammen; ihm sind die Augen geblendet. Die Frau wurde verhaftet. — Aus Algier wird gemeldet: Während einer Operetten-Vorstellung im Neuen Theater drang bei verdunkelter Szene eine junge Frau, namens Apastino, bis vor den ersten Parterretritt vor, wo ihr Mann mit seiner Geliebten saß. Dann goß sie dieser Vitriol ins Gesicht und brachte ihr noch Verletzungen mit einem Messer bei.

Automobilunfälle. Auf der Chaussee nach Schwarmslug ein Automobil um. Der Rittergutsbesitzer Oberleutnant z. D. v. Buddenbrock, Kommandeur des Landwehrbezirks Schlawa, wurde schwer verletzt; die übrigen Insassen trugen leichtere Verletzungen davon. — Bei einem Automobil-Unfall in der Nähe vom Fort Myers, Wlgnia, kam die Frau des Majors Herbert Stocum ums Leben. Der Chef des Generalstabes, Bell, erlitt so schwere Verletzungen, daß sein Zustand hoffnungslos ist.

Feuer im Thorner Hauptpostamt. In einer Dachkammer des Hauptpostgebäudes entstand gestern um 11 1/2 Uhr vormittags Feuer, das sich mit großer Schnelligkeit entwickelte. Der Telephonhelm mit etwa 600 Drähten geriet in große Gefahr. Die Feuerwehr vermochte nur wenig auszuräumen. Mittags wurde das Telephonamt von den Beamten geräumt. — Der Brand auf dem Hauptpostamt konnte, nachdem das Obergeschloß völlig zerstört war, gelöscht werden. Der Telephon- und Telegraphenbetrieb ruht einstweilen ganz. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.

Schreckliches Unglück. Auf der Bahnstrecke Ludw.-Broitten (Ostpreußen) war ein Bahnwärter vor seiner Vude sitzend eingeschlafen, während sein zweijähriges Kind auf den Schienen spielte. Plötzlich brauste der Zug heran und fuhr dem Kinde den Kopf vom Rumpf. Der erwachende Vater fand sein Kind geköpft vor seinen Füßen liegen.

Ein internationaler Schwindler ist in Hamm i. W. durch das Eingreifen eines dortigen Rechtsanwalts unschädlich gemacht worden. Es ist der 22 Jahre alte Russe Spreiregen aus Moskau. Der Gauner sprach bei dem Rechtsanwält vor, angeblich um sich Auskunft über die deutsch-

russischen Anlieferungsverträge zu erbitten, da er aus einer russischen Funterschule entflohen ist. Der Rechtsanwalt schloß sofort Verdacht, da er aus einer Notiz in einer juristischen Wochenschrift wußte, daß ein Schwindler unter ähnlichem Vorwande auswärtige Rechtsanwält gebrandtschagt hatte. Er erbot sich, den Russen zu einem Stadtrat zu begleiten, der die gewünschte Auskunft zu erteilen in der Lage sei. In der Nähe des Rathauses übergab er den Gauner einem Schußmann. Der Russe hat in Leipzig, und zuletzt in Paderborn und Vippstadt auf ähnliche Weise sich als politischer Flüchtling ausgegeben und zum Teil namhafte Unterstühtungen bei Rechtsanwält erschwindelt.

Die Todesstrafe in der Schweiz. Die Bundesversammlung von 1874 hat die Todesstrafe in der Schweiz abgeschafft. Vier Jahre später wurde sie auf Wunsch einiger, besonders katholischer Kantone, die eine Zunahme der Verbrechen zu konstatieren glaubten, wieder fakultativ eingeführt. Theoretisch machten nur die Kantone Luzern, Freiburg, Wallis, St. Gallen und die Urkantone davon Gebrauch, aber auch hier wurde praktisch meist das ausgesprochene Todesurteil im letzten Augenblick durch Begnadigung erloßt. Einzelne Hinrichtungen kamen jedoch vor, die zwei letzten im Kanton Freiburg, davon eine im 20. Jahrhundert. Gegenwärtig liegen wieder zwei schwere Fälle in Luzern und Freiburg vor. Die Verurteilung zum Tode ist ausgesprochen, die Begnadigung aber nicht wahrscheinlich; am wenigsten hat der Freiburger Mörder darauf Aussicht. Nun erhebt sich aber ein materielles Hindernis. Die Schweiz besitzt nur eine Guillotine, dem Kanton Schaffhausen gehörend, der die Todesstrafe abgeschafft hat. Nun hat Schaffhausen nach der letzten Hinrichtung beschloffen, seine Guillotine nicht mehr auszuliehn. Woher wollen die Freiburger und Luzerner sie beziehen? Wegen eine Anschaffung dieser Art sträubt sich der Volkswille und die öffentliche Meinung. Wird man wagen, sie aus Deutschland oder Frankreich zu leihen?

Ein betrügerischer Fürst. In St. Petersburg wurde der 52jährige Fürst Boris Wolonski verhaftet. Er soll zwei von ihm selbst gegründete Fabriken um größere Summen betrogen haben.

Eisenbahn-Räuber. Aus Tiflis wird gemeldet: In der Nähe der Station Mgatti brachten Räuber einen Güterzug, in dem sich ein Beamter mit der Löhnung für die Bahnarbeiter befand, zum Entgleisen, wobei ein Schaffner getötet wurde. Die Lokomotive sowie 10 Wagen wurden zertrümmert. Die Räuber eröffneten das Feuer auf den Zug, das von den Polizeibeamten, die den Kassenbeamten begleiteten, erwidert wurde. Der Kassenbeamte wurde getötet; drei Polizeibeamte sind verwundet worden. Die Räuber, denen es nicht gelang, das im Zuge befindliche Geld zu rauben, entflohen.

Gegen die langen Hutnadeln. Aus Chicago wird berichtet: Der hiesige Stadtrat nahm einen Beschluß an, nach dem den Frauen die bisher übliche Benutzung von Hutnadeln, die mehr als 1/2 Zoll aus dem Hut hervorsteht, bei Strafe verboten wird. Die Galerien des Sitzungssaals waren dicht mit Frauen besetzt, die die Verhandlungen fortwährend mit Schreien und Pfeifen unterbrachen. Bisher war die Hutnadel die Hauptwaffe der amerikanischen Frauen bei räuberischen Überfällen. Die Suffragettes fordern die Frauen auf, die Hutnadeln künftig in der Hand zu tragen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellung.
Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Arbeiter-Bildungsverein.
Vorstands-Sitzung
Karfreitag, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

V. G. St.
Vorstands-Sitzung
am Donnerstag, dem 24. März
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50-52.

Heute nacht entschlies unser lieber Sohn
Georg
nach langer Krankheit im fast vollendeten 18. Lebensjahre.
Dies sei in hiermit an die besten Eltern, Geschwister und Verwandten.

J. Lenschow u. Frau.
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Borwerter Friedhofes aus statt.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlich.
J. Vitzase u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Olga danken herzlich.
W. Baller u. Frau.

Für d. viel. Gratul. z. Konfirmation un. Tochter Martha danken herzl.
H. Möller u. Frau nebst Tochter
Juleshinnenstraße.

Für die zahlreichen Geschenke und Gratulationen anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Elise danken herzl. **Matthias Schmidt nebst Frau und Tochter.**

Hiermit danken wir bestens jedem für die Uebersendung einer Gratulation zur Konfirmation.
Ednard Radtke,
Frau u. Tochter.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen z. Konfirmat. unseres Sohnes Friedrich danken herzlich.
J. Ahrens u. Frau nebst Sohn.

Für erwiesene Aufmerksamkeit, anläßl. der Konfirmat. unseres Sohnes Paul danken herzlich.
C. Harder u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation danken herzlich
W. Harms u. Frau
nebst Tochter Käthe.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Martha danken herzlich.
J. Utesch u. Frau nebst Tochter.

F. d. viel. Glückwünsche zur Konfirmat. un. Sohn. Gerhard danken herzl.
W. Abraham u. Frau
nebst Sohn.

Zu vermieten per sofort oder zum 1. April mehrere Zwei- und Dreistübchenwohnungen im Preise von 220 bis 300 Mk.
Näh. Kottmühlstraße 48, part. rechts.

Ein freundliches Logis zu verm.
Ludwigstr. 31.

Zum 1. Juli Wohnung zu verm.
Näheres Krämer Meier, Mori.

Durch Zufall zum 1. April noch eine kleine Wohnung zu vermieten.
Preis 150 Mk.
Näheres Glockengießerstr. 4 II.

Zwei leere Stuben zu vermieten.
Hünshausen 7.

Gel. z. 1. Juli v. Leut. ohne Kind.
1 ionnige 2-3 Stübchenwohn. im Pr. v. 200-230 Mk., Stadt od. Gürtlerort.
Ang. unter A K an d. Exp. d. Bl.

Gel. z. 1. Juli eine Zweizimmerwohnung vorm Hofkantor im Pr. von 200 Mk. Angeb. unter L S an die Exped. d. Bl.

Gesucht z. 1. Juli von zwei ält. Leut. e. H. f. d. l. Zweistübchen-Wohn. part. am liebst. f. d. l. Hofkantor.
Angeb. m. Pr. u. W a. d. Exp.

Gesucht ein junger Knecht.
Elswigstr. 1a.

Eine ältere Frau wünscht Beschäftigung im Einhalten u. Stricken.
Barendsdorfstr. 19, part.

Zu kaufen gesucht hölzerner Bank für 2 Wassereimer, 1-2 Berliner Dielefelder Pflanzkartoffeln.
Bismarckstr. 15 II.

Ein guter Kinderwagen
und Ziehharmonika billig zu vert.
Kottmühlstr. 57, part.

Zu kaufen gesucht kleiner Vorkwagen für Kinder.
Rosengarten 14.

Ein gut. Sport-Sitz- u. Liegewagen m. Verb. zu verk. Preis 6,50 Mk. Offengrube 7.

Billig zu verkaufen guterh. Kinderwagen m. Gummireifen.
Große Gröpelgrube 51/2.

Zu verkaufen **große Bohnen**
Pfd. 10 Pfg.
Untertrave 62.

Ein guterh. starkes Fahrrad billig zu verkauf. Sofort z. fahren benutzbar.
Füchtlingstr. 18 I.

Ein Kinderklappstuhl und ein Kinderwagen ist zu verkaufen
Heinrichstr. 14 a.

Eine zweischl. Bettstelle
mit Sprungfeder-Matratze zu verk.
Glorinitzstr. 3, part.

Eine Handharmonika und eine neue Radfahrer-Hose billig zu verkaufen.
Fackenburg Str. 97 I.

Serrenjohrad, Freilauf m. Rücktrittsbremse, billig zu verkaufen.
Partengrube 31.

Guterhaltener, leichtfahrender Handbrotwagen billig zu verkaufen.
Ludwigstraße 78.

39. Legehühner zu verk.
W. Jürs, Stockelsdorf-Barnack.

Zahn-Atelier
G. Boysen,
Schwart Allee 71a.
Reparaturen in 4-5 Stunden.

Lachsabfall u. Lachskrümel
Paket 20 Pfg.
täglich frisch zu haben
Fischstraße 31, Laden.

Lederhandlung und Stepperei
Zohlen-Ausschnitt in allen Größen.
Ed. Teuteberg, Untertrave 70.

Empfehle zum Osterfest
Pa. fettes Queenl. Pfd. 60-65 Pfg.
" Rindfleisch Pfd. 60
" Schmorbraten " 70
" Schelb.-Beefsteak " 100
" Kollfleisch " 80
" Kalbfleisch Pfd. 50-55
" Kalbskeule " 65-70
" Schweinebraten Pfd. 75
" Hammelfleisch Pfd. 65-75

T. Atmer,
Schlachterei, Ringstr. 484.

Herzlicher Sonntagsdienst
am Karfreitag (v. 1 Uhr ab):
Dr. med. Schwarzweiler, Breitestr. 1 I
Dr. med. Hofstaetter, Mühlensstr. 24.
Dr. med. Busch, Weibelpag 12.

Kartoffelland
wird vermessen Sonnabend den 26. von 5 Uhr abds. u. a. beiden Ostertagen v. 7 Uhr mrgs. b. d. Ziegelci Borwerk.
Gebr. Reshöft.

Kräut. Stiefmütterchen- u. Vergißmelnicht-Pflanzen
empfehl
H. Klemm, Handelsgärtner,
Ravensbusch, Schulweg.

Spargelkartoffeln
Magnum bonum per Str. 3 Mk., zum Pflanzen gar. echte Spargelkartoffeln, sowie Rosenkartoffeln und gelbe lange billig.

Johann Piel
Warendorfstr. 41. Fernruf 1829.
Spargelkartoffeln 10 Pfd. 60 Pfg.
Magnum bonum empfiehlt
Wilhelm Flaskämper,
Greveradenstraße 7.

Saatkartoffeln
und Esskartoffeln
gelbkoch. Magnum bonum
Lauenb. Eierkartoffeln
zu billigsten Preisen
Heinr. Busch, Krähenstr. 34.

Empfehle zum Feste:
Sämtliche
Braten
in bester Qualität.
H. Bier- und Bodwurst.
H. Aufschnitt.
Oscar Keil
Schlachterei u. Würstmacherei
mit elektr. Betrieb
Schwart. Allee (Ecke Westhoffstr.)
Fernsprecher 1447.

Darlehen
in jed. Höhe unt. günst. Bedingung über 1/4 Million an Darleh. ausbez.
A. Reiche, Breitestr. 51 II.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an liefert

Buchdruckerei d. Lüb. Volksh.
Johannisstraße 46.

Habe zum Feste ausnahmsweise mehrere selten prima Rinder geschlachtet, wovon ich meiner werthen Kundschaft empfehle:
Bratenstücke 60, 65 u. 70 Pfg.
Prima Roastbeef 70 Pfg.
" Beefsteak 1 Mk.
" Kollfleisch 80 Pfg.
Pr. Schackes u. Gulasch 70 Pfg.
Pr. ig. Schweinefleisch 75 Pfg.
Bratenstücke 75 Pfg.
Sammelfleisch 75, Keule 80 Pfg.
Kalbfleisch 50, Keule 60 Pfg.

Paul Boldt,
Schlachterei.
Wahmstr. 22. Fernruf 2133.

Empfehle zum Feste:
Prima Ochsenfleisch,
Prima Kalbfleisch,
Prima Schweinefleisch,
sowie
alle Sorten Bratenstücke zu billigsten Preisen.
H. Aufschnitt.
Hans Gerds
Schlachterei u. Würstm.
Elswigstr. 1a.

Empfehle zum Osterfest:
Pr. ig. Fern. Rindst. Pfd. 60 Pfg.
" Queenl. " 60, 65
" Ochsenbraten " 70
" Beefsteak " 100
" Kollfleisch " 80
" Gulasch, Schackes " 70
" Kalbfleisch " 50, 60
" Keulen " 60, 70
" Schweinefleisch " 75
" Schinken " 80

79 Huxstraße 79,
Vertreter Karl Jürgensen.

Werkzeuge

unter Garantie für
Maurer, Zimmerer
Eisler, Schlosser,
Drechsler u.
liefert

J. F. B. Grube
Am Markt.

Neue

Grammophon-Platten, 25 cm groß,
in vorzüglicher Ausführung.
Preis für 4 Stück nur 4 Mk.
Musikhaus Jack,
Königstraße 96.

Knip & Bartels

Lübeck
Weinhandlung.

Jamaika-Rum-Verschnitt

Marke Trumpf
garantiert essenzfrei,
pro Flasche 1.30 Mk. ohne Glas.
Feines Aroma
angenehmer Geschmack.
Rote Rabattmarken.

Zum Feste empfohlen:
Tischmesser,
Gabeln und Löffel,
— Brotmesser —
Carl Burmester
Diedrich Teschau Nachf.
27 Lübeck 1165
Breitestr. Fernruf.
— Werkstatt —
Reparatur u. Schleiferei
Lieferung schnell u. gut.

Zigarren

Besonders zu empfehlen:
Importierte Bremer
10 Stück 55—70 Pfg.
M. Förster
Huxstraße 38.

gestempelt in 333 u. 585
liefert billig
G. Reese, Hüxstr. 22-24.

Empfiehlt zum Feste:
Br. dickes kernf. Rindfleisch 60 Pfg.
Bratenstücke 65 u. 70 "
Beefsteak 1.— "
Rohfleisch 80 "
Gulasch 70 "
Gehacktes 70 "
Schweinefleisch 75 "
Dicke Flomen 80 "
Kalbfleisch von 50 Pfg. an
sowie sämtliche Fleisch- und
Wurstwaren zu den billigsten
Tagespreisen.
ff. Aufschnitt 1 Mk.
H. Schmalfeld & W. Mamerow,
Schlachtereie und Wurstmacherei.
Reiferstrasse 26. Fernruf 2152.



Beste Qualität. — Erprobte Passform.
— Garantie für Haltbarkeit. —

Spezialmarke 25 Mk.
Original Goodyear Welt 9 50 Mk.

TURUL-SCHUHFABRIK
ALFRED FRÄNKEL KOM.-GES.

VERKAUFSSTELLE:
LÜBECK
49 Breitestrasse 49.
Filialen in allen grösseren Städten Deutschlands.

Herren-Anzüge
Jünglings-Anzüge
Knaben-Anzüge
Paletots * Joppen * Kragen
empfehlen
Gebr. Barg, Kohlmarkt 5.

**** Fehlfarben ****
in wirklich hervorragender Qualität nur für
Raucher, die nicht auf Farbe und Ausstattung sehen
10 Stück 60 Pfg.
100 Stück im Pappkarton . 5,50 Mk.
empfeilt das
Zigarren-Versandgeschäft
Mühlenstr. 19. Hans Sterly Königstr. 124.
Zweiggeschäft:
Schönberg i. M., Siemzerstr. 202.

Für die Festtage
reichhaltige Auswahl in
Gemischtem Aufschnitt
in den verschiedensten Preislagen,
diverse
delikate Wurstwaren
empfeilt zu den billigsten Tagespreisen
Emil Aland
Wilh. Schmidt Nachf.,
— Mengstraße 2. —

Hehr. Beckmann

Schuhwarenlagar
Reiferstrasse
empfeilt
Konfirmanden
Stiefel
von 5.90 Mk. an
Herren-
Schnür-, Zug-
u. Schnallen-
stiefel Boxcall 7.50 8.50 9.00
10.50 11.50 Mk.

Damen-Schnürstiefel
Boxcall und Chevreaux
6.50 7.50 8.50 9.50 Mk.
Knaben- und
Mädchen-Schnürstiefel
Boxcall und Chevreaux
No. 36-39 No. 31-35
6.90 5.25 5.75 6.90
No. 27-30
4.90 5.25 6.25 Mk.
Prima starke
Damen- und Kinderstiefel
— farbig —
in jeder Preislage.
Rote Rabattmarken.
Reparaturwerkstatt, Handarbeit.

Kredit

Möbel
für 150 Mk. Anzahl. 15 Mk.
" 200 Mk. Anzahl. 20 Mk.
" 300 Mk. Anzahl. 30 Mk.
" 480 Mk. Anzahl. 48 Mk.

Betten, Bettdecken,
Teppiche, Gardinen,
:: Tischdecken ::

Anzüge u. Paletots
Serie I Anzahl. 8 Mk.
Serie II Anzahl. 10 Mk.
Serie III Anzahl. 12 Mk.

Für Brautleute
besond. günst. Bedingungen.

H. Kesten
17 Holstenstr. 17, I.

Tapeten
neueste Muster, reichhaltige Auswahl
Billige Restpartien.
Hafen = Drogerie
Georg Bornhöft,
Untertrave 44/45.
Tapetenkleister fix und fertig zum
Gebrauch.

HEIMCHEN



Delikatess - Eigelb-
Pflanzenbutter
„HEIMCHEN“
Kernsüßer Buttergeschmack
Idealster Buttersatz !!
das Pfund 75 Pfg.
10 Pfund 7.25 Mk.
Edelste Pflanzen-Margarine
Verkauf vom
Engros-Lager
Mengstr. 44
— Hinterdiele. —

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinig. 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhr-
Königstr. 62, b. d. Pfl. str.
Gebe rote Rabattmarken.

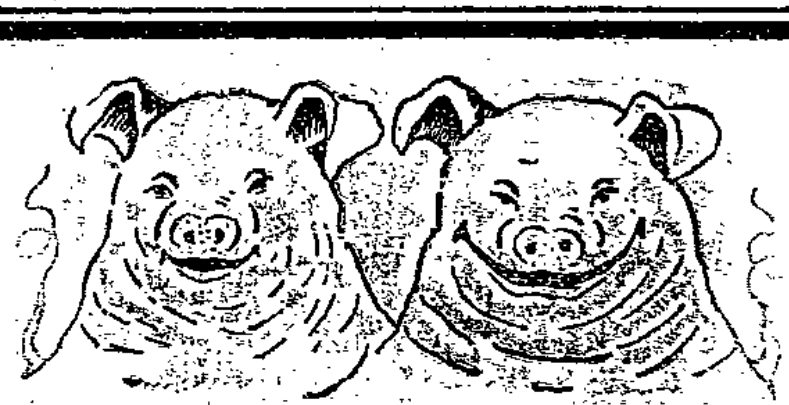
Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und reell bei
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt 4. **10.**
3. D. Compl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Konditorei u. Café A. Boy
Schwart. Allee 11a. Tel. 2030.
Zu Ostern empfehle:
ff. **Palmtuchen, Butter-**
tuchen, Bienenstichtuchen,
gef. Kränze Stk. 30 Pfg.,
ff. **Torten im Aufschnitt,**
Kaffeebackwerk, Teebrot,
Sandtorten, Topfkuchen v.
50 Pf. an, ff. 5-Pf.-Stücke.
Ostereier
in großer Auswahl, eigene
Fabrikate.
NB. Bestellungen werden gut und
preiswert ausgeführt.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlmarkt 4 **10**
sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. u. a.:
Lederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlosserhosen . . . 1.88—5.25
Aberziehhosen . . . 1.08—2.35
Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25
leimene Jacken, schräge u. gerade,
1.28, Rajen, Hemden, Schlachter-
jacken, Friseurjacken, Malermäntel
erstaunlich billig. Mägen von 30
Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

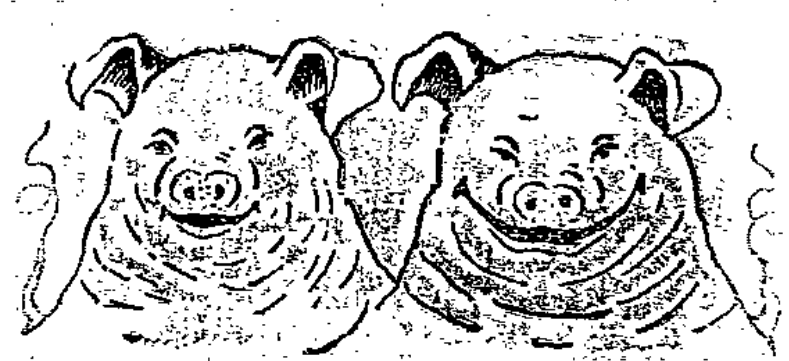


Knorr's
Hahn-Maccaroni
unübertroffen!



Knorr's
Suppen
fix und fertig - 3 Teller 10 Pfg.
Jedes Paket enthält 1 Gutschein. Jeder Umschlag gilt als Gutschein.

Wai-Fettmolken
zur Schweinemast das Beste und Billigste,
Liter 1 Pfg., von 50 Liter ab 1/4 Pfg. jetzt täglich **Hansa-Melerei.**
Alte Buttermilch Liter 2—4 Pfg.



Preiswerte Oster-Angebote!

Handschuhe Strümpfe

Damenstrümpfe, schwarz, engl. lang . . . 55 38 28 Pfg.
 Damenstrümpfe, schwarz und lederfarbig . . . 95 75 Pfg.
 Damenstrümpfe, Kaschmir und reine Wolle
 2.25 1.95 1.25 Mk. 95 Pfg.
 Herren-Socken, farbig und geringelt 85 78 45 28 Pfg.
 Ein Posten prima Herren-Ringelsocken unter Preis,
 jedes Paar 95 Pfg.
 Kindersöckchen, große Posten, in farbig geringelt und
 Jacquard von 38 Pfg. an.
 Damen-Zwirn-Handschuh, 2 Druckknöpfe . . . 38 Pfg.
 Stoff-Handschuhe, schwedische Imitation, gute Qualität,
 2 Knöpfe 65 Pfg.
 Damen-Handschuhe, seidene Imitation 90 Pfg.
 Herren-Zwirn-Handschuh, 1knöpfig 95 68 Pfg.

Korsetts Jabots Gürtel

Korsetts, in unübertroffener Ausw., kurze Fassons 135
 sowie Frack- u. Direktoireform 3.80 2.75 1.90 1 Mk.
 „Fasson Directoire“, lang nach unten gehende Form
 mit 4 Haltern, aus ekröfarbigem Satin Stück 490 4 Mk.
 Batisthäfchen und Krawatten, entzückende Neuheiten
 75 45 28 Pfg.
 Einheitskragen, Schweizer Stickerei von 10 Pfg.
 Rüschen Stück 20 12 9 6 Pfg.
 Tüll-Jabots, Wasserfälle, viele reizende Muster, v. 48 Pf. an
 Ca. 1000 Gürtel Serie I II III IV V
 Stück 38 50 78 95 Pfg. 1.25 Mk.
 Moderne Damen-Handtaschen, verschiedene Farb.
 u. Fassons, sehr preiswert 1.95 1.75 1.25 95 Pfg.

Herren-Hüte Knaben-Mützen Kinder-Mützen

Herren-Hüte, steife Fassons . . . 4.90 3.50 2.75 Mk.
 Weiche Herren-Hüte, schwarz und farbig
 5.25 3.50 2.90 2.25 Mk.
 Knaben-Schirm-Mützen, blau, mit Stoff- oder
 Lackschirm 1.65 1.28 95 88 68 Pfg.
 Knaben-Sport-Mützen, farbig . . . 95 58 45 38 28 Pfg.
 Herren-Klub-Mützen, blau, mit Stoffschirm
 2.30 1.95 1.35 95 Pfg.
 Kindermützen, blau, rot, braun, mit Garnierung
 1.25 Mk. 90 75 58 Pfg.

Ein großer Posten Blusen

aus farbig gestreiftem Popelin 285
 Imitation, Hemdform mit Krawatte 2 Mk.
 aus gestreifter oder klein gemusterter Musseline mit
 Tüllpassse und Knöpfen 580 Mk.
 aus gestreiftem Wollstoff
 in modernen Mustern 7.50 680 Mk.

Frühjahrs-Paletots aus englisch gemusterten
 Stoffen 22.00 16.80 13.50 12.50 980 Mk.

Kostümröcke

Aus engl. melierten Stoffen 7.50 4.60 3.80 2.75
 Aus schw. o. blau Tuch, Sat., Chev. 15 9.50 6.50 3.90

300 Knaben-Anzüge

für das Alter von 2-10 Jahren
 teilweise wegen Räumung .

20 Prozent

ermäßigt.



Markthalleneingang Breitestraße.

Schürzen Unterröcke

Ein großer Posten Zierschürzen aus weißem
 Stickerstoff mit Trägern Stück 125 Mk.
 Ein großer Posten Miederschürzen, prima gestreifte
 Siamosen mit Volants und Trägern Stück 195 Mk.
 Weiße Servier-Schürzen in Prinzess- und Mieder-
 form Stück 2.25 195 Mk.

Kinder-Schürzen

Ein Posten Kinder-Hänger, weiß und farbig
 für das Alter von 2-8 Jahren Stück 95 Pfg.

Ca. 300 Wasch-Unterröcke

aus Satin, Zephir, Siamosen, in 20 verschiedenen Fassons,
 sämtlich richtig weit und lang geschneitten
 1.95 2.50 2.90 3.50 4.50 Mk.

Ca. 100 Alpaka- und Moiré-Unterröcke

moderne Fassons, mit reich garniertem Plissé-Volant, in
 allen Farben, nur beste Qualitäten
 2.90 3.80 4.75 5.75 6.90 7.50 Mk.

Ca. 150 weiße Stickerei- u. Valencienné-Röcke

Riesenauswahl, sowohl in einfachen Feston- als auch in
 eleganten Stickerei-Röcken
 1.95 2.65 3.80 5.50 6.25 bis 13.00 Mk.

Damen-Wäsche

Damen-Hemden mit gestickten Passen oder Vorderschluß	Serie I jed. Stck. 1.35
Damen-Beinkleider ausgebohrt oder mit Stickerei	Serie II jed. Stck. 1.65
Nachtjacken mit Feston	
Unterhosen, Stickerstoff mit Seiden- durchzug	Serie III jed. Stck. 1.95
Anstandsrocke mit Volant	
Damen-Hemde (auch elegante Fantasie- hemde) mit Madeirapassen	Serie IV jed. Stck. 2.75
Damen-Beinkleider (auch Kniefasson) mit breitem Stickerei-Volant	
Nachtjacken, geschlossen oder mit Um- legekragen mit reicher Stickerei	Serie V jed. Stck. 3.95
Frisierjacken, elegant verarbeitet	
Feine Unterhosen, ganz aparte Aus- stattung	

Kinder-Wäsche in allen Grössen.
 Gute bewährte Stoffe. Billige Preise.

Zu Ostern empfehle Lederschürzen

für Schlosser, Schmiede, Wäcker,
 Weinküfer usw.
Gerberei Carl Rohde,
 Sandstraße 64.

Achtung! Ausnahmeweise diese Woche:

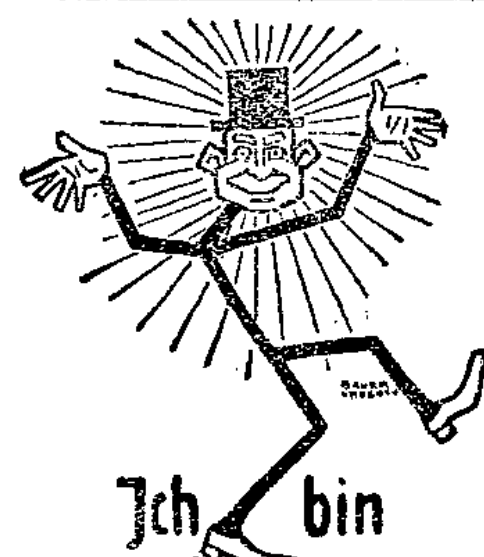
Ba. kernf. Rindfleisch Pfd. 50 Pfg.
 Ba. Kalbfleisch " 60 "
 Bratenstücke " 60 "
 Gehacktes " 60 "
 Kuhheute Pfd. 40 Pfg.
 Zur billigen Fleischquelle
 22 Günthausen 22.
Johann Möller.

Sohlleder, Vache u. Oberleder

sowie
 Sohlen- u. Oberleder-Ausschn.
 in bester Ware äußerst preiswert
 empfiehlt
Gerberei Carl Rohde,
 Sandstraße 64.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.
 Auf vielfachen Wunsch seitens unserer Mitglieder haben wir uns
 entschlossen, in der
Spezial-Warenabgabestelle Glandorpstraße 1
 außer den sonstigen Schulschulstücken auch
Schulschreibhefte
 in vorchriftsmäßigen Linaturen, wie auch alle übrigen notwendigen
Schulbücher
 zu führen und bitten wir unsere geehrten Mitglieder vorkommenden Falles,
 besonders zum Schulanfang, ihren Bedarf in obigen Artikeln nur in
 ihrem eigenen Geschäft zu decken. Nicht vorhandenes wird schnellstens
 besorgt.
Der Vorstand.



Ich bin
 überglücklich

daß ich an die richtige Adresse ange-
 langt bin

St. Gertrud-Fahrradhaus
 Arnimstraße 12 a.

Fahrräder und Nähmaschinen
 von den billigsten bis zu den feinsten
 Marken.

Räder schon von 68 Mt. an
 mit 1 Jahr Garantie,

sowie sämtliche Zubehöerteile
 am Lager.

Alle Reparaturen werden fachmännisch ausgeführt bei billigster Berechnung.
 Prospekte stehen auf Verlangen gratis zur Verfügung.
 Eventuell Teilzahlung gestattet.

Prima Schweinefleisch Bratenstücke pr. Pfd. 65 Pf.
 Pr. ja. fettes Rindfleisch 60 Pf. Ger. Schweinebacken Pfd. 75 Pf.
 " Vollfleisch 80 " St. Rauchstücke " 80 "
 " Scheibenbeefsteak 100 " Ger. Nacken " 90 "
 " junges Kalbfleisch 50 " Fr. Kopf und Bein " 20 "
 " Kalbsleute 60 " " Kopsrippen " 20 "
 " weißes Schmalz pr. Kuhheute
 pr. Pfd. 85 Pf. bei Ab- 80 " pr. Pfd. 50 Pf. bei Ab-
 nahme von 2 Pfd. pr. Pfd. nahme von 2 Pfd. pr. Pfd. 45 "

ff. Aufschnitt per Pfund 1,20 Mt. ff.
 Fernspr. 1874. **M. Lahrtz, Wurstfabrik, Wäckerstr. 16.**

Die elegantesten

Paletots und Anzüge

für Herren, Jünglinge und Knaben

finden Sie unstreitig im grössten Spezial-Haus am Platze

Spille & v. Lühmann

Lübeck, Sandstrasse 17-19.

Die Friedensbedingungen im Holzgewerbe.

Wir wie hören, haben nunmehr die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes wie auch die Arbeitgeber in der weitestgehenden Mehrzahl der in Frage kommenden Orte den zwischen den Kommissionen resp. Verbandsvorständen vereinbarten Bedingungen für die neuen Verträge zugestimmt. Bei den Arbeitgebern sollen zehn Städte die Vereinbarungen abgelehnt haben, während bei den Arbeitern nur noch einige Resultate ausstehen. In drei Orten wird noch weiter verhandelt, und in einer großen Anzahl Städte sind Kommissionen dabei, die Akkordtarife durchzubekommen, auch muß die Mehrzahl der Verträge redaktionell noch fertig gestellt werden. Die Hauptarbeit ist jedoch geleistet.

Wir sind darum heute in der Lage, die Vereinbarungen für die einzelnen Städte bekannt zu geben. Es darf dabei ausgesprochen werden, daß der Holzarbeiterverband mit dem Resultat der Tarifbewegung sehr zufrieden sein darf. Wir lassen nun die Zustände für die einzelnen Orte folgen: **Warmer See bei Silberfeld:** Die Arbeitszeit wird verkürzt am 1. Juli 1911 von 58 auf 54 Stunden wöchentlich. Die Stundenlöhne werden erhöht um 5 Pf. Der gegenwärtige Durchschnittslohn von 50 Pf. erhöht sich im Laufe der Vertragsperiode auf 55 Pf. pro Stunde.

Berlin, Charlottenburg, Weißensee, Nixdorf, Schöneberg und eine große Anzahl weiterer Vororte. Die Arbeitszeit beträgt 51 Stunden pro Woche. Da in einer großen Anzahl der kleineren Vororte die Arbeitszeit länger als 51 Stunden ist, wird durch die Unterscheidung unter den Vertrag erreicht, daß dort eine Arbeitszeitverkürzung von 1 bis 8 Stunden pro Woche eintritt. Am 1. Oktober 1910 werden die Löhne und Akkordpreise um 5 Proz. erhöht. Die Akkordabschlagszahlungen betragen mindestens 27 resp. 30 resp. 33 Mt. pro Woche. Das Montagegeld innerhalb Berlins wird von 70 Pf. auf 1 Mt. pro Tag erhöht. In Orten mit vertraglich besseren Bedingungen müssen diese erfüllt werden. Ebenso müssen von auswärts nach Berlin kommende Montagearbeiter nach den Bestimmungen des Berliner Vertrages arbeiten. Bei außerordentlichen Akkordarbeiten wird der vereinbarte Lohn garantiert. Für alle Akkordarbeiten, welche öfter angefordert werden, sind Akkordtarife aufzustellen. Neueingeführte Arbeiter sind nach der Vereinbarung des Akkordpreises mit dem Werkstattausgleich im Tarif fortlaufend nachzutragen. Auf Verlangen der Arbeiter sind alle Arbeiten, für die der Akkordpreis tariflich festgelegt ist, in Akkord auszuführen. Sollen einzelne Stücke vom Gesamtarbeit in der Fertigstellung vorgezogen werden, so wird für das einzelne Arbeitsstück ein Aufschlag von mindestens 7 1/2 Proz. bezahlt. Die Abrechnung des Akkordes und Auszahlung des Überschusses erfolgt an dem der Fertigstellung folgenden Lohnstage. Ist der Lohnstag ein Feiertag, so erfolgt die Lohnzahlung an dem vorausgehenden Werkstage. Der gemeinsame Arbeitsnachweis ist in erster Linie zu benutzen, und soll eine anderweitige Einstellung von Arbeitskräften nur dann zulässig sein, wenn innerhalb 24 Stunden geeignete Arbeitskräfte vom paritätischen Arbeitsnachweis nicht vermittelt werden können. Andere Arbeitsnachweise dürfen nicht benutzt werden. Der Vertrag ist in allen Betrieben auszuhängen und von der Firma und dem Werkstattausgleich zu unterzeichnen. Der Berliner Vertrag weist noch folgende bemerkenswerte Bestimmungen auf:

Dieser Vertrag gilt als einheitliche Rechtsnorm für die gegenseitigen Beziehungen und Leistungen der Arbeitgeber und Arbeiter, sowohl einzeln wie in ihrer Gesamt-

heit, innerhalb seines Geltungsbereichs. Zum Ausdruck dessen ist er bei den zuständigen Gewerbeämtern niederzulegen. Politische Anstöße an die beiderseitigen Verbände sollen aus diesem Vertrag nicht erhoben werden können.

Alle Einzelabmachungen, welche gegen die Bestimmungen dieses Vertrages verstoßen, sind ungültig.

Berlin: Die Arbeitszeit wird von 57 auf 56 Stunden pro Woche verkürzt, die Stundenlöhne um 4 Pf. und der Mindestlohn auf 42 Pf. pro Stunde erhöht.

Veitshagen, Rattow, Königsbrunn: Die Arbeitszeit wird vom 1. Oktober 1910 von 58 auf 57 Stunden wöchentlich verkürzt. An Lohnerhöhung erhalten alle Holzarbeiter sofort 2 Pf., am 1. Oktober 1910 1 Pf. und am 15. Februar 1911 weitere 2 Pf. Die Akkordpreise werden im Februar der Lohnzulage erhöht.

Brandenburg: Die Arbeitszeit beträgt während der Vertragsperiode 54 Stunden, wie bisher. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. für Gesellen und Arbeiter erhöht.

Frankfurt: Die Arbeitszeit beträgt 54 Stunden pro Woche. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnzulage von 4 Pf. pro Stunde. Der vertragliche Durchschnittslohn steigt dadurch auf 48 Pf.

Promberg: Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 56 Stunden. Es erfolgt eine Lohnzulage von 4 Pf. pro Stunde. Der vertragliche Durchschnittslohn wird erhöht auf 44 Pf. pro Stunde.

Magdeburg: Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 54 Stunden. Es tritt eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde ein und steigt der Durchschnittslohn auf 47 Pf. pro Stunde. Die Akkordtarife werden alljährlich durch die Schlichtungskommission revidiert und durch die neuen Muster ergänzt.

Danzig: Die Arbeitszeit wird von 58 auf 55 Stunden verkürzt. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn wird von 42 auf 47 Pf. erhöht.

Dresden: Die Arbeitszeit beträgt 52 Stunden pro Woche. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. erhöht, der Normallohn steigt auf 57 Pf. pro Stunde.

Düsseldorf: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 54 auf 53 Stunden. In den eingemeindeten Vororten, wo die Arbeitszeit jetzt noch 57 Stunden beträgt, wird sie im Laufe der Vertragsperiode auf 54 Stunden wöchentlich verkürzt. Die Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn steigt im Lauf der Vertragsperiode auf 58 Pf. pro Stunde.

Essen: Die Arbeitszeit wird von 57 auf 55 Stunden wöchentlich verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 3 Pf. erhöht. Der vertragliche Durchschnittslohn steigt während der Vertragsdauer auf 49 Pf. pro Stunde. Bei neuen Mustern wird bei Akkordarbeit der Stundenlohn gestrichelt.

Görlitz: Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 55 auf 54 Stunden verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. und der vertragliche Durchschnittslohn während des Vertrages auf 45 Pf. pro Stunde erhöht.

Göttingen: Die Arbeitszeit wird von 57 auf 56 Stunden wöchentlich verkürzt. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn wird auf 45 Pf. während der Vertragsperiode erhöht.

Greifswald: Die Arbeitszeit wird von 60 auf 58 Stunden wöchentlich verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. und der Mindestlohn wird von 30 auf 35 Pf. pro Stunde erhöht.

Guben: Die Arbeitszeit beträgt 55 Stunden wöchentlich. Jeder Arbeiter erhält eine Stundenlohnerhöhung von

4 Pf. Der vertragliche Durchschnittslohn steigt auf 43 Pf.

Halle a. S.: Die Arbeitszeit wird von 55 auf 54 Stunden verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. erhöht. Der vertragliche Durchschnittslohn steigt im Laufe der Vertragsperiode auf 50 Pf. pro Stunde.

Hannover: Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Jeder Arbeiter erhält 5 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde. Der Durchschnittslohn wird während der Vertragsdauer auf 57 Pf. erhöht.

Harburg a. S.: Die wöchentliche Arbeitszeit wird vom 1. April 1911 von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Die Stundenlöhne der Arbeiter erfahren eine Aufbesserung von 5 Pf. pro Stunde. Der Vertragsmindestlohn beträgt vom 1. April 1911 ab 58 Pf. **Hildesheim:** Die wöchentliche Arbeitszeit wird verkürzt von 57 auf 56 Stunden. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn ist vertraglich auf 47 Pf. festgelegt. **Kiel:** Die Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden pro Woche verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. erhöht. Der Mindestlohn für Tischler steigt auf 62, für Maschinenfleischer auf 56 Pf. pro Stunde. **Köln:** Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Die Lohnerhöhung für jeden Arbeiter beträgt 4 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn, der bisher 56 Pf. pro Woche betrug, wird vertraglich auf 60 Pf. normiert.

Königsberg: Der Vertrag wird auf 4 Jahre und zwar bis zum 15. Februar 1914 abgeschlossen. Die Arbeitszeit wird verkürzt von 57 auf 54 Stunden pro Woche. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde.

Leipzig: Die Arbeitszeit beträgt 52 Stunden pro Woche. Die Stundenlöhne werden erhöht um 4 Pf. Der Mindestlohn für Tischler, Drechler, Beizer, Polierer und Instrumentenmacher steigt auf 56, für Bankfleischer auf 58, für Maschinenarbeiter auf 52 Pf. pro Stunde. Einbezogen in den Vertrag ist die Müllindustrie mit 2000 Arbeitern. Hier ist jetzt die vollständige wöchentliche Arbeitszeit noch üblich, die am 1. Juli 1910 auf 52 Stunden verkürzt wird.

Lübeck: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 55 auf 54 Stunden pro Woche. Der Lohn wird erhöht um 4 Pf. pro Stunde für jeden Arbeiter. Der Vertragslohn wird erhöht von 54 auf 60 Pf. Es wird ein gemeinsamer Arbeitsnachweis eingerichtet und soll versucht werden, hierfür ein städtisches Lokal zu erhalten.

Lüneburg: Die wöchentliche Arbeitszeit wird verkürzt von 57 auf 56 Stunden. Die Stundenlöhne werden um 5 Pf. erhöht. Der Mindestlohn steigt von 43 auf 48 Pfennig pro Stunde.

Oldenburg: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 55 auf 54 Stunden wöchentlich. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. erhöht, der Durchschnittslohn steigt auf 45 Pf. pro Stunde.

Potsdam und Nowawes: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 53 auf 52 Stunden pro Woche. Der Lohn wird um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Der vertragliche Durchschnittslohn steigt auf 54 1/2 Pf. die Stunde.

Quedlinburg: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 59 auf 57 Stunden wöchentlich. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn wird vertraglich auf 45 Pf. normiert.

Rendsburg: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 57 auf 56 Stunden wöchentlich. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn steigt auf 45 Pf. pro Stunde.

Spandau: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 53 auf 52 Stunden pro Woche. Die Stundenlöhne werden um

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Skelland. Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarau.

(Schluß.) Nachdruck verboten.

Die Familie Falk-Olsen reiste also nach Gms und nach einigen Wochen erhielt Karoline Hjelm von Luise einen Brief, in dem es unter anderem hieß:

„Du kannst Dir nicht vorstellen, wie herrlich es ist, morgens zu erwachen und dann nicht an Hans denken zu müssen. Daß ich nur habe so dumm sein können! Er paßt gar nicht für mich. Gestern ritten wir auf Gslen, und ein Engländer, der mit dabei war (Papa sagt, es sei ein Lord), ist heute so äbel daran, daß er nicht sitzen kann wie andere Leute, sondern ein Stück vom Rückgrat benutzen muß.“

Karoline war so unvorsichtig, dies ihrer Mutter vorzulesen. Und am nächsten Tage sagte Frau Hjelm zum Vater Hans: „Dein Urteil über Luise Falk-Olsen war leider nur allzu richtig. Das Ausland hat sie schon von Grund aus verdorben.“

Vetter Hans seufzte. — Andreas der Allmächtige war in der Tat geisteskrank geworden.

Ein paar Tage ging er im Ministerium umher und versuchte einen großen Skandal, indem er allerlei Dinge erzählte, die nicht erzählt werden durften. Der Minister Bennenchen war deshalb genötigt, kräftig einzuschreiten, und durch Redakteur Mortensen's Vermittlung gelang es schließlich, den alten treuen Diener bei einer gewissen Madame Stunde anzubringen, welche eine Nählschule für junge Mädchen hielt.

Hier ging es ihm vortrefflich. Denn es ergab sich, daß er namentlich in den letzten Jahren reichliche, ja überaus reichliche Ginküsse in die Sparkasse gemacht hatte; und als er einige Zeit unter den munteren Mädchen in Male Bimbams Nählschule verkehrte, schien er das Ministerium und alles was dazu gehörte ganz vergessen zu haben.

Dahingegen ward er ein sehr eifriger Kirchgänger und er hielt sich stets an die Seite, wo die Frauen saßen. Und manche junge Dame machte sich eine religiöse Freude daraus, das Gesangbuch dem ehrwürdigen Greise vorzulegen; es war beinahe erbautlich, dies milde Antlitz und die schnee-weißen Locken, die über den Kockragen herabfielen, zu sehen.

Inzwischen aber ward in der Presse mit wahrer Kaiser Federball gespielt; besonders geschäftig war die Opposition.

Zuerst wunderte man sich darüber, was man im Ministerium wohl mit dem Amtmann Giorth sollte, einem Mann, den niemand kannte. Dann kamen Andeutungen über einen

furchtbaren Skandal in Minister Bennenchen's Ministerium: Dokumente sollten verschwinden, geheime Papiere entdeckt sein — Enthüllungen der bedenklichsten Art.

Die mündlichen Gerüchte, die im Umlauf gesetzt wurden, waren noch schlimmer und stiegen ganz hinab bis zu einer berühmten Frauenperson Namens Madame Stunde, die in Verbindung mit Minister Bennenchen genannt wurde. Außerdem war es stadtbekannt, daß zwei Kinder des Ministers nach einer schrecklichen Familienzene Hals über Kopf nach Amerika gereist waren.

Aber ganz besonders beschäftigten sich die Gerüchte mit dem Verschwinden Mobs, des allmächtigen Ministerialboten.

Der Minister Bennenchen trug sein Haupt bei alledem noch etwas höher als gewöhnlich, und er zeigte daselbst würdige Lächeln wie immer, wenn man ihn auf der Straße grüßte.

Gleichwohl stieg die Unruhe im Ministerium. Jeden Morgen stürzte man sich über den „Wahren Volksfreund“; aber der verhielt sich ruhig; kein gewaltiger Leitartikel erschien, um den Schreibern den Mund zu stopfen und die Gemüter zu beruhigen.

„Jetzt muß Mortensen dran!“ rief der Kanzlist Derfeth eines Morgens und schlug auf den Tisch.

„Ja, bei Gott, das muß er!“ wiederholte der Kammerjunker Giorth, dem jetzt der Himmel voller Geigen hltg.

Und das ganze Ministerium war darüber einig: jetzt müsse Mortensen dran. Deshalb war die Stimmung in hohem Grade gespannt und erhitzte, als der Redakteur eintrat und das feuchte Blatt auf den Tisch warf.

Giorth ergriff die Zeitung und las:

„Gerüchtereiter und Räufschmiede.“

Endlich! — Es trat eine lautlose Stille ein, während er las.

Zuerst ward hervorgehoben, wie sehr die Opposition von Waffen entblößt sein müsse, wenn sie sich dazu hergäbe, ein politisches Kapitel aus Gerüchten und Weibergelächel herauszubringen. Darauf ward die gegenwärtige politische Stellung als für jeden gutgesinnten und aufgeklärten Bürger zufriedenstellend bezeichnet.

„Daß indessen —“ las Giorth weiter, aber der Redakteur riß ihm das Blatt aus der Hand — „lassen Sie mich lesen: — daß indessen eine so alltägliche Begebenheit wie die Verabschiedung eines alten Ministerialboten ein so skandalöses Geschrei veranlassen kann, ist an und für sich ein recht beachtenswertes Zeichen der Zeit. Denn dahinter — hinter diesem erheblichen Interesse für die kleinsten Details der Staatsleitung birgt sich etwas ganz anderes, etwas, das aufs ernstlichste an der Wurzel gefaßt werden muß, wenn es nicht für unser Staatsleben verderbliche Früchte tragen soll. Das ist der eingewurzelte Haß der gemeinen Charaktere, der Halbgebildeten gegen alle Überlegenheit,

alle Aufrichtigkeit, ein Haß, der sich jetzt gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit wendet und, indem er dem höchsten Unglauben die Hand bietet, in die heiligsten Geheimnisse des Familienlebens eindringt, mit dem höchsten Spott treibt und den Staat der Auflösung und der wildesten Anarchie zuzuführen droht. Es gibt unter uns sicherlich manche, die sich mit dem Gedanken beruhigen, daß der norwegische Beamtenstand dergleichen Machinationen unzugänglich sei — und mit vollem Recht! Allein trotzdem ist es unsere Pflicht, den Finger auf den wunden Fleck zu legen; denn es entwickelt sich hier eine Gefahr für den ganzen Staat. Es muß dieser um sich greifenden Frechheit, die sich in Schrift und Rede über alles wagt, was nach göttlicher und menschlicher Anordnung über das Urteil der schreibenden Menge erhaben ist und sein muß, eine Grenze gesetzt werden. Und wenn dies nicht recht kräftig durch eine gemeinschaftliche Anstrengung aller braven Bürger geschieht, so wird uns der gefährliche Anblick eines aufrührerischen Volks, das in offenem Trotz die Gesetze und ihre Wächter verspottet, nicht erspart bleiben. Laßt uns deshalb wach sein und die Zeichen der Zeit genau beachten. Nicht als ob wir irgend eine Besorgnis näherten — wir haben Gott sei Dank sowohl an unserem erhabenen Monarchen, als auch in der Union mit unserem Brudervolk und fürwahr nicht minder in dem starken Ringe intelligenter, begabter Staatsmänner und Beamten, die so lange unseren Staat aufrecht erhalten haben und sicher ihrer Vorzeit treu bleiben werden — wir haben an dem allen viel zu starke Garantien, um Besorgnisse nähren zu können. Aber dennoch — wir wiederholen es — laßt uns wach sein und die Zeichen beachten. Es lauern böse, lichteure Mächte in unserer Gesellschaft, laßt das volle Tageslicht auf sie fallen und sie werden, bösen Geistern gleich, ins Dunkel, das sie erzeugt hat, zurückflüchten.“

Darüber entstand allgemeiner Jubel unter dem versammelten Personal des Ministeriums.

Derfeth riß sich die Hände und rief:

„Aha, das war recht, das wird ihnen gut tun! Haben Sie es gehört, Papa Hansen, das war was für Sie!“

Papa Hansen bockte über seinem Papierstößel. Aber alle anderen fühlten sich von einer schweren Last befreit. Der Skandal war ja zu einer winzigen Bagatelle eingeschrumpft und dem Gesindel war ein ordentlicher Dieb ver-setzt worden.

Aber Mortensen sah sich im Kreise um und sagte: „Seht Ihr wohl, Kinder! Was wäret Ihr ohne mich? Gibt es denn einen größeren Segen für ein Land, als eine aufgeklärte, wahrheitsliebende und rechtlich gesinnte Presse?“

Mortensen hatte mit seinem gewöhnlichen zweideutigen Lächeln gesprochen; man war niemals ganz sicher, ob er aufrichtig oder sarkastisch sei.

Heute aber lachte keiner; denn alle fühlten in diesem Augenblick, daß Mortensen recht habe.

8 Pfg. erhöht. Der vertragliche Mindestdurchschnittslohn steigt auf 80 Pfg. pro Stunde.
 Stargard. Die Arbeitszeit wird von 59 auf 58 Stunden verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 4 Pfg. erhöht.
 Stettin. Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 58 auf 54 Stunden verkürzt. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnzulage von 4 Pfg. pro Stunde. Der Mindestlohn erhöht sich auf 47 Pfg.
 Thorn. Die Arbeitszeit wird von 58 auf 56 Stunden pro Woche verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 5 Pfg. erhöht. Der Durchschnittslohn steigt auf 46 Pfg.
 Belg. Die wöchentliche Arbeitszeit wird verkürzt von 58 auf 54 Stunden. Die Stundenlöhne werden um 5 Pfg. erhöht. Der Mindestlohn wird auf 45 Pfg. pro Stunde festgesetzt.
 Jitau und Groß-Schönau. Die Arbeitszeit beträgt 55 Stunden wöchentlich. Die Stundenlöhne werden um 4 Pfg. erhöht.

Alle Verträge mit Ausnahme von Königsberg sollen auf 8 Jahre abgeschlossen werden.

Soziales.

Wirksamerer Schutz gegen Unfälle. Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht eine interessante Zuschrift aus Berufsgenossenschaftskreisen, in der mit aller Entschiedenheit ein wirksamerer Schutz der Arbeiter gegen Betriebsunfälle gefordert wird. Es wird da auf die überaus zahlreichen und schwierigen Unfälle an Arbeitsmaschinen hingewiesen, die in letzter Zeit passiert sind und die vielfach mit schweren Schädigungen der Arbeiter verbunden sind. Demgegenüber müssen bestimmte und erprobte Schutzvorkehrungen angebracht werden. Hier durch gesetzliche Bestimmungen einzugreifen, war ein dringendes und unabwendbares Erfordernis, zum mindesten ebenso, wie ein solches in den sonstigen Maßnahmen gefun-

den worden ist. Unfälle treten plötzlich und unvorhergesehen ein; sie werden daher in der Regel viel schwerer empfunden, als Krankheiten, deren Folgen zum Teil mehr oder weniger lange vorausgesehen werden können. Das wirkungsvollste Mittel wäre es — so heißt es dann weiter — wenn die Maschinenfabrikanten gesetzlich verpflichtet würden, nur Schutzmaschinen mit den bekannten und erprobten Schutzvorkehrungen zu bauen und in den Handel zu bringen, wenn auch in vielen Fabriken die Maschinen infolge der unausgesetzten Bemühungen der Berufsgenossenschaften zu stellenden Anforderungen in verschiedenen Punkten entsprechen, so ist doch auf einem anderen Wege als dem der Gesetzgebung eine radikale Abhilfe nicht zu erreichen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: E. H. Sch. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
 Sämtlich in Lübeck.

CONRAD JACK & CO.

Schuhwarenfabrik in BURG bei Magdeburg.

Verkaufshaus Lübeck: **Breitestr. 47.**

Oster-Angebot!

Herren-Schnürstiefel.

Fein Boxleder od. Chromleder mit Lackkappen, moderne breite und schlanke Fassons	7 ⁵⁰
Braun Chevreau, neueste Farben und Formen 10.90 10.50 9.50	8 ⁵⁰
Schwarz Chevreau, mit und ohne Lackkappen, moderne Ausstattung	10 ⁵⁰
„Original-Goodyear-Welt“ Ausführung braun und schwarz hohelegante Promenadenstiefel 16.50 14.50	12 ⁵⁰
Condor-Patent Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren D. R. P. 174209.	
Wunderbare Bequemlichkeit schwarz 10 ⁵⁰ 13 ⁵⁰ 16 ⁵⁰ braun 13 ⁵⁰ 16 ⁵⁰	

Damen-Schnürstiefel.

Braun Chevreau, schicke Formen, aparte Modelarben 10.50 9.50 8.50	7 ⁵⁰
Fein Chromleder, Derbyschnitt, Lackkappen, amerikanische Fassons und Absatz	7 ⁵⁰
Schwarz Chevreau, moderne Paßform	8 ⁵⁰
Echt Boxcall, beliebte preiswerte Qualität	9 ⁵⁰
Ia. Boxcall, Derbyschnitt, Lackkappen, elegante Straßenstiefel	10 ⁵⁰
„Original-Goodyear-Welt“ Ausführung braun und schwarz hochaparte Frühjahrs-Neuheiten 16.50 14.50	12 ⁵⁰

Knaben-, Mädchen- und Kinder-Stiefel

braun und schwarz, in modernen, naturgemässen Passformen.

Hausschuhe ☐ Spangenschuhe ☐ Pantoffel ☐ Sandalen
 ☐ ☐ Turnschuhe ☐ Tennis-Schuhe und -Stiefel ☐ ☐

Holsten-Automat

G. m. b. H.
Holstenstr. 14.
 Warme und kalte Speisen
 Feinste belegte Brötchen 10 Pfg.
 Helles u. dunkles Bier 10 Pf.
 Fremden und hiesigem Publikum
 bestens empfohlen.
 Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Neue Hafenfähre

G. m. b. H.
 Lübeck-Schwartau und zurück.
 Während der Osterfeiertage
 bei günstiger Witterung
 ab Lübeck (Drehbrücke)
 nach Schwartau nachmittags in
 kurzen Zwischenräumen.
 Neue Hafenfähre G. m. b. H.
 Untertrabe 59.

Radfahrerverein „Freiweg“

Secrets.
BALL
 am 28. März (2. Ostertag)
 im Lokale des Herrn Emil Coräts
 Secrets.
 Anfang 6 Uhr. Ende 3 Uhr.
 Hierzu ladet freundlich ein
 Das Komitee.
 Um den Ball interessant zu machen,
 ist ein Würfelspiel aufgestellt.
 A. Brandt.

Emil Württenberger
 Kohlmarkt 8. Lübeck. Markt 8.
 Sämtliche Herren-Artikel:
 Hüte :: Krawatten :: Wäsche

Drenske's Stiefel sind die besten.
 Zum Feste empfehle meine große Auswahl
 in
Ochsen-, Kalb- u. Schweinebraten
 sowie sämtliche Fleisch- und Wurstwaren
 in bekannter Güte.
 Als ganz besondere Spezialität: ff. Aufschnitt ff.
H. Spangenberg,
 Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren,
 Schwartauer Allee 59, Ecke Ludwigstraße.

Willi Westfaling
 Uhrmacher und Juwelier
 40 Holstenstr. 40
 Passende Geschenke
 zur Konfirmation.

Gesangverein „Eintracht“
 Sonnabend, den 26. März
 abends 9 Uhr
Gesangstunde.
 Der Obmann.

Achtung Maler!
Mitglieder-Versammlung
 am Sonnabend, 26. März
 abends 8 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Verschiedenes.
 Der Vorstand.

Hansa-Theater
 An beiden
Osterfesttagen
 nachmittags u. abends:
Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Programm.
 Vorverkauf bei Sager.
 Näheres in den Sonntagszeitungen.

Fackenburg Liedertafel.
Familienabend
 bestehend aus Gesang und
 theatralischen Aufführungen
 am 1. Ostertage, dem 27. d. M.,
 bei Herrn F. L. Paetau,
 Fackenburg.
 Anfang 6 1/2 Uhr.
 Nur Schulpflichtigen Kindern ist der
 Zutritt gestattet.
 Der Vorstand.

Neues Stadttheater.
 Freitag: Geschlossen!
 Sonnabend, 26. März. 7 1/2 Uhr.
 Boll-Ab. 163. Sonnabend-Ab. 27.
 Ausnahmsweise Mittel-Preise!
Das Nachtlager in Granada.
 Romant. Oper von Kreutzer.
 Sonntag (1. Feiertag) **Nachm. 3 Uhr.**
 Außer Abom. Keine Preise.
Der fidele Bauer. Operette.
 Abends 7 Uhr. Zum leichten
 Maté.
Lohengrin.
 Große Oper von R. Wagner.
 In Vorbereitung: **Salome.**
 Neu!
 Musikdrama von Richard Strauß.